

# Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Neue Reichstagsauflösung angedroht!

Das Parlament soll kuschen oder verschwinden — Reichspräsident und Reichsregierung „lassen sich durch nichts belirren“

Von den 582 Abgeordneten, die den neuen Reichstag bilden werden, gehören 506 zu Parteien, die in schärfstem politischen Gegensatz zur Regierung Papen stehen. Annähernd 90 Prozent der Wähler des 6. November haben Herrn Papen, und damit zugleich dem Reichspräsidenten von Hindenburg, eine Absage erteilt, die an Deutlichkeit nicht zu überbieten ist. Ein eindeutigeres Wahlergebnis ist wirklich nicht mehr denkbar.

Trotzdem beharrt die Regierung mit einer Gehe, für die sich schwer ein parlamentarisches-sollender Ausdruck finden läßt, auf dem Standpunkt, der Ausgang der Wahlen sei „durchaus eine Bestätigung für die Richtigkeit der Politik der Reichsregierung“. So hat es am Montagmittag der Reichskanzler in seinem Bericht beim Reichspräsidenten ausgedrückt, und die Unterredung ergab

„eine neue Vertrauensklärung und Bekräftigung des Willens zur Zusammenarbeit zwischen Reichskanzler und Reichspräsident“.

Das nennt man Respektierung des Volkswillens!

Was wird das Reichskabinettnun unternehmen? Die Sitzung, in der hierüber formell Beschluß gefaßt werden soll, findet erst am Mittwoch statt. Aber schon jetzt kann man aus den Veröffentlichungen der deutschnationalen und volksparteilichen Presse klar ersehen, was beabsichtigt ist.

Noch in dieser Woche will der Reichskanzler die Parteiführer von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum oder vielleicht sogar bis zur Staatspartei empfangen und sie vor die Frage stellen,

ob sie „am Werk der nationalen Konzentration“ mitarbeiten wollen.

Ob diese Bemühungen zu einem Erfolg führen werden, ist vorläufig noch nicht zu sagen — ganz abgesehen davon, daß es sehr zweifelhaft ist, ob die Regierung Papen ein positives Ergebnis überhaupt wünscht. Die Deutschnationalen, die ja die ausgesprochene Papenpartei sind, bringen jedenfalls zum Ausdruck, daß sie jede Verwässerung des autoritären Kurses durch Heranziehung der Parteimitglieder ablehnen würden. Hingegen ist das Zentrum wieder einmal bemüht, sich alle Möglichkeiten offen zu halten. In einem Aufruf, den der Vorstand der Zentrums-Partei erläßt, heißt es:

„Auf Grund dieses Volksurteils werden wir jeden verantwortlichen Schritt tun zur Ueberbrückung der Zerrissenheit in den politischen Lagern und zur Ermöglichung einer starken volksverbundenen Reichsregierung an Stelle des unmöglichen Zustandes von heute.“

Die Zentrums-Partei dürfte hauptsächlich an der Person des Herrn von Papen Anstoß nehmen. Ob der Kreis um Hindenburg unter allen Umständen an Papen festhalten wird, ist ungewiß; es liegen darüber einander widersprechende Nachrichten vor.

Die Taktik der Regierung dürfte darauf hinauslaufen, durch die Verhandlungen mit den Parteimitgliedern die Arbeitsunfähigkeit des neugewählten Reichstages „zu beweisen“. Die Regierung rechnet damit, daß nach dem Scheitern dieser Verhandlungen die Reichstagsmehrheit Kampfstellung gegen Papen einnehmen werde. In diesem Zusammenhang wird auch von der Möglichkeit ge-

sprochen, daß die Parteien mit verfassungsändernder Mehrheit die Befugnisse des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 49 erheblich einschränken wollten. Auch eine solche Zweidrittel-Mehrheit will das Kabinettnur auf keinen Fall respektieren. Die Hugenberg-Presse erklärt hierzu:

„Es ist ganz selbstverständlich und daran ist nicht im geringsten zu zweifeln, daß der Reichspräsident und die Reichsregierung diesen Angriff mit aller Entschiedenheit abzuwehren und gegebenenfalls sofort erneut zur Auflösung des Reichstages schreiten würden. Soviel steht fest, die Regierung setzt unbeirrt ihre Politik fort, und es bleibt den Parteien

überlassen, ob sie durch eine parlamentarische Tolerierung und möglichst langfristige Vertagung des Reichstages freiwillig der Regierung das Arbeiten ermöglichen oder ob sie erneut sich der Auflösung des Reichstages aussetzen wollen.“

Die Zeichen stehen also auf Kampf. Im Interesse der Arbeiterklasse muß die Taktik der proletarischen Organisationen darauf eingestellt sein, alle diese Konflikte zu verschärfen und sie zu benutzen, um den Kampf über seinen Ausgangspunkt weiterzutreiben bis zur grundsätzlichen Auseinandersetzung der Klassen.

## Hitler weiter gegen Verständigung mit Papen

München, 7. November.

In drei Aufrufen wendet sich Adolf Hitler an die Nationalsozialisten und die Parteigenossen, an die SA- und SS-Männer und an die Leiter der Parteiorganisation und „Propaganda“.

In dem ersten dieser Aufrufe heißt es, daß ein gewaltiger Angriff gegen die Bewegung und die Rechte des deutschen Volkes abgeschlagen worden sei. Die Regierung von Papen habe, so behauptet Hitler, eine vernichtende Niederlage erlitten. Die ihr verschriebene Deutschnationale Volkspartei und deren Anhänger umfaßten zusammen keine 10 Prozent des deutschen Volkes. 80 Prozent lehnten sie ab. Für die NSDAP sei der Sinn des Ausgangs dieser Wahl klar: Fortsetzung des Kampfes gegen dieses Regiment bis zur endgültigen Beseitigung. Keinerlei Kompromiß und kein Gedanke an irgendeine Verständigung mit diesen Elementen. Schließlich kündigt Adolf Hitler einen verstärkten neuen Propagandafeldzug an.

## Erstesitzung wahrscheinlich Anfang Dezember

Der neugewählte Reichstag muß nach den Bestimmungen der Verfassung binnen dreißig Tagen zusammentreten. Da nicht anzunehmen ist, daß man den Zusammentritt besonders beschleunigen wird, rechnet man damit, daß die erste Sitzung des neugewählten Reichstages am Dienstag, 6. Dezember, stattfindet. Diese Eröffnungssitzung wird, wie immer, nur die Konstituierung des Reichsparlamentes bringen. Erst am zweiten Tage wird das Präsidium gewählt werden.

## KPD fordert sofortige Reichstagsauflösung

Berlin, 7. November.

CNB. Die neugewählte kommunistische Reichstagsfraktion hat die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt. Sie wird u. a. einbringen ein Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinettn und einen

Antrag, die im Verlaufe des Verkehrsarbeiterstreiks Inhaftierten freizulassen und alle durch die ordentlichen oder Sondergerichte gefällten Urteile aufzuheben. Der genaue Wortlaut der Anträge wird im Verlaufe des morgigen Tages veröffentlicht.

## Der Älteste

Berlin, 7. November.

CNB. Wie sich bei Durchsicht der Listen der gewählten Abgeordneten ergibt, ist der im Wahlkreis Frankfurt a. d. O.-Grenzmark als nationalsozialistischer Spitzenkandidat gewählte General Litzmann 82 Jahre alt, während die nächstälteste Abgeordnete, die Kommunistin Frau Klara Zetkin, 75 Jahre alt ist. Der neue Reichstag wird also voraussichtlich von General Litzmann eröffnet werden.

## In Preußen bleibt alles beim alten

Berlin, 7. November.

VDZ. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, hat der Präsident des Preussischen Landtages, Kerrl, entgegen der bisherigen Annahme, noch keinen Termin für die nächste Plenarsitzung des Landtages bestimmt. Man nimmt an, daß der Präsident die nächste Vollsitzung erst anberaumen werde, wenn die erwünschte Tagesordnung sich ermöglichen läßt, d. h. die Neuwahl des Ministerpräsidenten. Dabei glaubt man, daß infolge des Ausgangs der Reichstagswahl die preussischen Koalitionsverhandlungen eine gewisse Komplizierung erfahren, insbesondere weil sie nicht loszulösen sein dürften von Regierungsbesprechungen im Reich. In der kommunistischen preussischen Regierung nahe- stehenden Kreisen hört das Nachrichtenbüro, daß die etwaige Neuwahl eines preussischen Ministerpräsidenten auf Grund des Leipziger Urteils nicht unbedingt das Ende des Reichskommissars bedeuten müßte (I Die Red.), daß aber vielleicht das Zusammenarbeiten zwischen Reichskommissar und neuem Ministerpräsidenten sich leichter erzielen lassen würde.

## Die Bedingungen der Revolution

Von Klaus Zweiling

Wieder führt sich der Tag der russischen Revolution von 1917, der deutschen von 1918. In diesen anderthalb Jahrzehnten ist eine Fülle tiefer gesellschaftlicher Wandlungen in Deutschland vor sich gegangen. Sie gestatten in diesen Novembertagen dem bewußten Revolutionär, dem Kommunisten, nicht mehr, sich mit der Rückschau auf die Revolutionen vor 14 und 15 Jahren zu begnügen; sie zwingen ihn, seinen Blick auf die kommende Revolution in Deutschland zu richten, die Elemente der Revolution in den gesellschaftlichen Verhältnissen von heute aufzuspüren, seine Politik auf die Freisetzung dieser Elemente der Revolution auszurichten.

Lenin hat in der ersten Doppelnummer (1/2) des „Kommunist“ im Herbst 1915 in einem Artikel „Der Zusammenbruch der II. Internationalen“ die Bedingungen einer proletarischen Revolution untersucht und dabei die folgenden allgemeinen drei Bedingungen festgestellt (Auszeichnungen wie im Original):

„1. Die Unmöglichkeit für die herrschende Klasse ihre Herrschaft in unveränderter Form zu behaupten; diese oder jene Krise der „Spitzen“, eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riß schafft, durch den die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen durchdringt. Für den Ausbruch der Revolution ist es gewöhnlich nicht genügend, daß die „Unterschichten nicht wollen“, sondern auch erforderlich, daß die „Spitzen nicht konnten“ in der alten Weise weiterleben.“

„2. Eine außergewöhnliche Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen.“

„3. Eine bedeutende Erhöhung (kraft der angeführten Gründe) der Aktivität der Massen, die sich in einer „friedlichen“ Epoche ruhig ausrauben lassen, in stürmischen Zeiten aber sowohl durch die ganze Krisenlage, wie auch durch die Spitzen selbst zu selbständigem historischem Vorgehen gewonnen werden.“

Etwas später in demselben Artikel fügt dann Lenin noch eine weitere Bedingung hinzu, die wir hier, mit der Nummer 4 versehen, den drei ersten Bedingungen anfügen wollen:

„4. Nicht aus jeder revolutionären Situation entsteht eine Revolution, sondern nur aus einer solchen Situation, wo zu den oben aufgezählten objektiven Bedingungen eine subjektive hinzutritt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, die von genügender Stärke sind, um die alte Regierung zu brechen (oder zu erschüttern), die niemals, auch in der Krisenepoche nicht, „stürzt“, wenn man sie nicht „wirft“.“

Das heute in Deutschland die zweite Bedingung erfüllt ist, bedarf keiner Erläuterung. Unter Hermann Müller und Hillerding begonnen, unter Brüning verstärkt fortgesetzt, unter Papen nochmals phantastisch gesteigert,

Ist jene „außergewöhnliche Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen“ vor sich gegangen, von der Lenin spricht.

„Die Unmöglichkeit für die herrschende Klasse, ihre Herrschaft in unveränderter Form zu behaupten“ (1), das „Nicht mehr in der alten Weise weiterleben“ — Können der Spitzen, wurde in Deutschland schon im Jahre 1928 fühlbar, in der 1929 rasch um sich greifenden Wirtschaftskrise unausweichlich. Die Krise führte in ihren politischen Konsequenzen zum Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien. Damit wurde es unmöglich, die Herrschaft der Bourgeoisie weiter in der Form der parlamentarischen Demokratie zu sichern. Hermann Müller forderte als erster das Recht, Finanz- und Steuergesetze, die die Massen so unheimlich belasteten, daß parlamentarische Mehrheiten dafür nicht zu finden waren, unter Ausschaltung des Parlaments durchzusetzen. Brüning degradierte bereits das Parlament zu einer ohnmächtigen Ja-Sag-Maschine. Und Papen — an sich gern bereit, wie Brüning den Schein zu wahren — wurde gezwungen, mit den letzten Scheinrechten der parlamentarischen Demokratie aufzuräumen — gezwungen, weil selbst unter dem Schein nur noch der alten Form die Herrschaft der Bourgeoisie nicht mehr sicherzustellen war.

Schon dieser Zwang für die Bourgeoisie, die demokratische Form ihrer Klassenherrschaft durch offene Diktatur zu ersetzen, bot gewaltige Chancen der revolutionären Massenmobilisierung. Sie blieben ungenutzt, weil die KPD sie mit ihrer ultralinken Taktik nicht nutzen konnte; weil die SPD — die Revolution „hassend wie die Sünde“ — selbst zur Verteidigung ihrer eigenen demokratischen Ideologie eine Massenmobilisierung nicht wagte, da sie wohl sah, daß im Verlaufe der Aktion diese demokratische Ideologie ihren illusionären Charakter enthüllen, die Aktion damit notwendig revolutionären Charakter annehmen mußte; weil in Konsequenz dessen die SPD selbst einen wesentlichen Teil des Umbaus der bürgerlichen Herrschaftsform zur Diktatur mit durchführte, förderte, duldet; weil aus all diesen Gründen die durch die Krise und die Politik der Spitzen „zu selbständigem historischem Vorgehen gewonnen“ (3) unterdrückten Massen, die vordem hoffnungslos indifferent waren oder den bürgerlichen Parteien folgten, nicht zur Klassenaktion geführt, sondern dem Faschismus in die Arme getrieben wurden.

Aber die gesamte ökonomische und politische Krise ist so tief, daß dieser — dank dem Versagen der alten Arbeiterbewegung auf beiden Seiten glücklich unter Dach gebrachte — Umbau von neuem in anderer Form die Unmöglichkeit für die herrschende Klasse geschaffen hat, in der nunmehr neugeformten Weise ihre Herrschaft zu behaupten.

Die neue Form der Bourgeoisie herrschaft ist eine Diktatur, die auf zwei Säulen ruht: dem selbständigen, jeder Kontrolle entzogenen Staatsapparat, den die Bourgeoisie selbst in der Hand hält, und der faschistischen Massenbasis, in der gerade jene kleinbürgerlichen und proletarischen Elemente sich gesammelt haben, die der Bourgeoisie die frühere politische Gefolgschaft aufgesagt haben. Zur politischen Natur dieses Faschismus gehört zwangsläufig jene „Ausschließlichkeit“, die die Bourgeoisie durch den Mund ihres Reichskanzlers so bitter anklagt. Nur im Kampf um die ganze Macht, um die Auslieferung auch des Staatsapparates, kann der Faschismus seine sozial zerklüfteten, in ihren Interessen wild widerstreitenden Massen zusammenhalten, die durch das Fortschreiten der Krise und die dadurch und durch die Politik der Spitzen bedingte immer tiefere Verelendung täglich von neuem „zu selbständigem historischem Vorgehen“ gegen die herrschende Klasse aufgepeitscht werden (3).

Die Bourgeoisie denkt gar nicht daran, ohne die äußerste Not den Abenteurern an der Spitze des Faschismus die Macht auszuliefern. Behält sie aber die Schlüsselstellungen der Macht und beteiligt den Faschismus nur an der Verantwortung, so bedeutet das über kurz oder lang den sicheren Zerfall der faschistischen Massenbasis. Das aber kann die Bourgeoisie selbst nur riskieren, wenn sie diese Basis nicht mehr braucht, wenn sie überzeugt ist, daß innere Zersetzung und äußere Schläge die Kraft der Arbeiterorganisationen im Verein mit der Politik ihrer Führung restlos gebrochen haben. Soweit ist es trotz des 20. Juli noch nicht. Der Berliner Verkehrsstreik hat gezeigt, daß noch immer gewaltige Kräfte in den gefesselten Arbeiterorganisationen schlummern. Und so sieht sich die Bourgeoisie dem Faschismus gegenüber zu einer schwankenden, zweideutigen Politik gezwungen, die rückwärtend den Machtanspruch der Faschisten nur stärken kann. Hier schafft die Krise der Politik der herrschenden Klasse jenen Riß, durch den die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen durchbrechen — kann (1).

Gezwungen, auf die widerstrebende Bourgeoisie einen Druck auf Ueberlassung der Macht auszuüben, findet der Faschismus nur

# Berliner Verkehrsstreik abgebrochen

Berlin, 8. November.

Die sogenannte Zentrale Streikleitung der Berliner Verkehrsarbeiter hat am Montag Abend beschlossen, den Kampf abzubrechen und die Verkehrsarbeiter aufzufordern, am Dienstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie begründet den Abbruch des Streiks mit der Unmöglichkeit, den Kampf zum erfolgreichen Ende zu führen infolge der verräterischen Haltung der Gewerkschaftsleitung.

Amlich wird gemeldet, daß am Dienstag Vormittag in ganz Berlin der Verkehr wieder in vollem Umfang aufgenommen worden sei. Weitere Meldungen wollen davon wissen, daß der Beschluß, den Streik abzubrechen, hauptsächlich dadurch veranlaßt worden wäre, weil die Nationalsozialisten aus der Streikfront ausgebrochen und ihre Mitglieder aufgefordert hätten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ob an dieser Meldung etwas Wahres ist, konnte bisher noch nicht endgültig festgestellt werden.

Es war vorauszu sehen, daß nach dem Verhalten der Gewerkschaftsleitung und der Wiederaufnahme der Arbeit durch einen Teil — langst nicht allen — gewerkschaftlich organisierten Verkehrsarbeitern der Streik zusammenbrechen mußte. Der Streik hätte trotz seiner an sich günstigen Aussichten auch dann nur bei äußerster Kraftanstrengung der geschlossenen Arbeiterschaft zu einem vollen Erfolg führen können, weil gegen ihn die gesamte Staatsmacht mit all ihren Gewaltmitteln eingesetzt wurde.

Diese Feststellung ändert nichts an der Tatsache, daß die Gewerkschaftsführung hier sowohl gegenüber den Verkehrsarbeitern wie gegenüber der gesamten deutschen Arbeiterklasse eine Riesenschuld auf sich geladen hat. Ihre Ausrede, daß der Streik nur ein „politisches Manöver der KPD und der NSDAP“ gewesen sei, ist hinfällig. Tatsache ist, daß die gesamte Belegschaft der 22000 Verkehrsarbeiter gewillt war, gegen jeden Pfennig Lohnabbau den Streik zu führen. Es ging also zunächst um nichts anderes als um die Abwehr des Lohnraubs. Wenn trotzdem dieser Streik gegen 2 Pfennig Lohnabbau gleichzeitig einen entscheidenden Schlag gegen die Kapitaldiktatur, gegen die Papenregierung bedeutete und damit vom ersten Augenblick an einen eminent politischen Charakter trug, so ist das eine Belegerscheinung, die auszunutzen gerade die Pflicht der Gewerkschaften gewesen wäre. Sie haben das nicht getan, und sind somit die allein Schuldigen, daß dieser Streik zu einem politischen „Manöver“ nicht nur der KPD, sondern, was für die Arbeiterbewegung das katastrophale ist, auch für die Nationalsozialistische Partei werden konnte.

Es ist eine Dämnapogie schlimmster Art, wenn jetzt die SPD-Führung im „Vorwärts“ hohnisch schreibt:

„Die „Zentrale Streikleitung“ hat also nicht mehr erreicht, als die Gewerkschaften erreicht hatten. Ihr Kommando ist nicht auf den sachlichen Erfolg an, sondern nur auf eine massive Heize gegen die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und den „Vorwärts“ — vor der Wahl jetzt, da die Wahl vorüber ist, und leider viele Tausende von Wählern auf den Schwindeln hereingefallen

ein wirksames Mittel: die Arbeiter zum Streik gegen Papens Lohn-Notverordnung aufzurufen. Damit vertieft er den Riß, den die Politik der herrschenden Klasse schafft, von neuem in gefährlichster Weise, treibt seine eigenen proletarischen Anhänger auf den Weg des selbständigen historischen Vorgehens voran und erleichtert so dem Proletariat den Durchbruch seiner Empörung durch diesen Riß. Wahrlich — auch in dieser Form kann die herrschende Klasse ihre Herrschaft auf die Dauer nicht behaupten (1).

Darüber hinaus macht es die ökonomische Krise der Bourgeoisie trotz aller politischen und ökonomischen Anstrengungen immer von neuem unmöglich, in der alten Weise weiterzuleben. Die Zoll- und Kontingentierungspolitik der Regierung — für Agrarkapital und bestimmte Bauernschichten eine Notwendigkeit, um dem finanziellen Zusammenbruch zu entschlüpfen — bringt durch ihre internationalen Rückwirkungen die Exportindustrie an den Rand des Bankrotts. Sie verschärft damit nicht nur die ökonomische Krise, zwingt zu neuen Subventionen, die den finanziellen Ruin beschleunigen und zu erneuter Verelendung der Massen und damit zu weiterer allgemeiner Verschärfung aller Spannungen führen — sie führt auch zu tiefen Gegensätzen innerhalb der Bourgeoisie, zwischen der Exportindustrie auf der einen, dem Agrarkapital und der europäisch kartellierten (deshalb von den internationalen Rückwirkungen der Zoll- und Kontingentierungspolitik wenig berührten) Schwerindustrie auf der anderen Seite. Der Riß, den die Politik der Spitzen schafft, springt über auf die herrschende Klasse selbst.

Wenn dieser Riß heute schon gefährlich tief, noch nicht a offenen Kämpfen führt, seinen Ausdruck noch beschränkt auf Bankettreden und Artikel in Handelskammer-

sind, besteht bei der famosen Streikleitung kein weiteres Interesse am Streik. Also sofortiger Abbruch.“

Es ist ein Skandal sondergleichen, daß ausgerechnet in diesem Moment die Leitung des Gesamtverbandes in einem Aufruf über eine ganze Seite im „Vorwärts“ an die Bevölkerung Berlins nichts Besseres zu tun weiß, als trotz eines bisherigen Abbaus von 30 Prozent zu behaupten, daß es „bisher gelungen sei, den Lohnabbau abzuwehren“ und dann unter Aufzählung der einzelnen Stundenlöhne der Verkehrsarbeiter die Dinge so darzustellen, als ob die Löhne noch relativ hoch und bedeutend höher wären als in dem Staatsbetrieb. Ja, es wird an einer Stelle wörtlich gesagt: „Im Durchschnitt liegen die Löhne der städtischen Arbeiter (denen auch jetzt die der Verkehrsarbeiter „ange-glichen“ sind) 10 bis 11 Pf. pro Stunde höher als die Löhne der Reichsarbeiter.“ Das ist derselbe Schwindeln, der von der BVG-Direktion seit Tagen betrieben wird und der durch eine Veröffentlichung der christlichen Gewerkschaften, die wir an anderer Stelle des Blattes bringen, dokumentarisch widerlegt wird.

Die Lehren des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks sind sehr vielseitig und müssen von der gesamten Arbeiterschaft aufs nachdrücklichste beachtet werden. Es gilt, in allen Gewerkschaften daraus rücksichtslos die Schlußfolgerung zu ziehen. Bines sei hier schon gesagt, daß gegen die Gewerkschaften jeder große Streik verloren gehen muß, daher dürfen die revolutionären Arbeiter keinesfalls die Schlußfolgerung ziehen, aus den Gewerkschaften auszutreten. Im Gegenteil: In den Gewerkschaften bleiben, in die Gewerkschaften eintreten, die Gewerkschaften zu revolutionären Machtorganen umzugestalten und die reformistische Führung beseitigen! Das ist die wichtigste Lehre dieses Kampfes für die Arbeiterschaft.

## Aus der Partei Mann über Bord

Schon seit der erweiterten Parteivorstandssitzung vom 6. und 7. August war es in den führenden Parteikreisen bekannt, daß Karl Frank, das bisherige Mitglied des Parteivorstandes, die Existenzberechtigung der SAP bezweifelte und den Anschluß an die SPD in Erwägung zog. Seine Versuche, innerhalb der Organisation in diesem Sinne zu wirken, nötigten die Berliner Bezirksleitung, ein Rede- und Verbot über ihn zu verhängen und beim Parteivorstand weitere Maßnahmen zu beantragen. Als dann in letzter Zeit authentisch bekannt wurde, daß sich Frank bereits mit Otto Bauer, Wien, zwecks einer Wiederaufnahme in die Reihen der Sozialdemokratie in Verbindung gesetzt hatte, sah sich die Berliner Bezirksleitung wie auch die Funktionärskonferenz, des Berliner SJV gezwungen, festzustellen, daß die Verhandlungsweise mit der Zugehörigkeit zur Partei unvereinbar ist. Inzwischen hat Frank mitgeteilt, er habe sich davon überzeugt, daß die Sozialdemokratie bis vor kurzem von ihm falsch eingeschätzt worden sei und daß er um Aufnahme in diese Partei ersucht habe. Frank hat sich also nunmehr der Partei des Reformismus angeschlossen, zu der die Mitgliedschaft der SAP in voller Geschlossenheit in unüberbrückbarem prinzipiellen Gegensatz steht. Er ist somit aus den Reihen der revolutionären Kämpfer ausgeschieden.

blättern und Fachzeitschriften, so nur deshalb, weil das aufs äußerste gefährdete Gesamtinteresse der Bourgeoisie zur Stützung der Papenregierung zwingt. Die Steigerung der volksparteilichen Stimmen bei dieser Reichstagswahl ist ein Ausdruck dieses Risses, der sich weiter vertiefen muß und trotz allem einmal offen aufbrechen kann.

Das drohende Aufbrechen dieses Risses wird die Tendenzen in der Bourgeoisie, die Macht an den Faschismus abzutreten, verstärken. Es schafft aber zugleich eine neue gewaltige Chance für den Durchbruch der Empörung der Unterdrückten.

Die wachsende Aktivität dieser unterdrückten Massen (3) zeigt sich auch bereits in den verschiedensten Formen. Lenin hat diese Bedingung einer revolutionären Situation im „Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, noch einmal formuliert. Er nennt da als Bedingung der Revolution:

„... daß die regierenden Klassen eine Regierungskrise durchmachen, die die rückständigsten Massen in die Politik hineinzieht (das Merkmal jeder wirklichen Revolution ist die Verzehnfachung, sogar die Verhundertfachung der zum politischen Kampf fähigen Vertreter der werktätigen und ausgebeuteten Masse, die bisher apathisch war), die Regierung schwächt und den Revolutionären deren schnellen Sturz ermöglicht.“

Es wurde bereits erwähnt, daß die Massenabwanderung kleinbürgerlicher und proletarischer Elemente aus der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien zum Faschismus ein sichtbares Zeichen dafür ist, daß die Krise der Bourgeoisie „die rückständigsten Massen in die Politik hineinzieht“. Die gewaltige Steigerung der Wahlbeteiligung in der letzten Zeit ist ein weiteres Zeichen. Der Rückgang der Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl

braucht noch nicht auf gegenteilige Tendenzen schließen zu lassen, da inzwischen die zahlreichen Streiks gegen den Lohnabbau der Papen-Notverordnung neue, wirksamere Formen der Massenaktivität gezeigt haben. In dieser neuerlichen Zunahme der Wahlenthaltung — die in erster Linie Nationalsozialisten und SPD trifft — drückt sich wahrscheinlich wachsende Einsicht in die politische Wirkungslosigkeit der Wahlaktionen aus; eine Einsicht, die nur dann zu neuem Ausscheiden von Massen aus der Politik führt, wenn die politische Führung des Proletariats nicht den Weg zu wirksamen und sich steigernden außerparlamentarischen Massenaktionen findet, im anderen Falle aber gerade die Voraussetzung für deren wirksamste Entfaltung ist. Auch der Uebergang hunderttausender NSDAP- und SPD-Stimmen zur KPD ist ein deutliches Zeichen zunehmenden Aktionswillens in den Massen.

Deutliche Ansätze einer wirklich wirkungsvollen, außerparlamentarischen Massenbewegung zeigen sich, wie gesagt, ebenfalls bereits in der langen Reihe der Papen-Streiks. Hinzufügen muß man die noch zahlreichen Fälle, in denen eine fast einmütige Streikbereitschaft der Belegschaften die Unternehmer zu kampflosem vorläufigem Verzicht auf Lohnkürzungen bewegen hat. Gekrönt wird bisher diese wachsende Massenaktivität durch den wichtigen Schlag des Berliner Verkehrsstreiks, dessen Bedeutung in diesem Prozeß des Massenwachstums auch durch den schmählichen Verrat der Gewerkschaftsführung in keiner Weise vermindert wird.

So sehen wir denn die drei ersten von Lenin formulierten objektiven Bedingungen der Revolution sich täglich neu und täglich vollkommener erfüllen. Die vierte subjektive Bedingung, „die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen genügender Stärke“ ist unter solchen Umständen und beim Vorhandensein alter Millionenorganisationen des Proletariats nur noch abhängig von der politischen Klarheit, dem revolutionären Willen und der Entschlossenheit der politischen Führung des Proletariats. Wenn die Millionenarmee des proletarischen Organisationskaders geschlossen sich an die Spitze dieser Massenaktivität stellen würde — die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen würde schon heute hindurchbrechen können durch die tiefen Risse, die die Krise der Politik der Spitzen geschaffen hat. Daß dies bis heute nicht möglich war, umschließt das ganze, abgrundtiefe politische Elend des deutschen Proletariats.

Deutlicher als andere Ereignisse haben es der 20. Juli und der Berliner Verkehrsstreik gezeigt: An der Spitze des größten, organisatorisch bestgefügtsten Teils der proletarischen Armee steht eine reformistische Führung, die bewußt den schwachvollen Weg des proletarischen Klassenverrats weiter geht, den sie 18 Jahre gegangen ist. Andererseits hat die alte Partei mit revolutionärer Tradition, die KPD, durch die bitteren Sünden achtjähriger Politik ihren Einfluß in den reformistisch geführten überparteilichen Organisationen so restlos verwirrt, daß sie heute — wo für die Revolution alles davon abhängt — unfähig ist, diese Organisationen auch gegen den verräterischen Willen der Führung in Bewegung zu setzen. Ueberdies ist sie organisatorisch so heruntergewirtschaftet, so schwach, daß sie nicht einmal ihre eigene Anhängerschaft in disziplinierten Aktionen führen kann, die ausreichen, um eine wirkliche, allgemeine Massenbewegung auszulösen. Sie hat jetzt NSDAP und SPD wieder dreiviertel Millionen Stimmen abgewinnen können. Und es ist bereits gesagt, inwieweit das ein erfreuliches Zeichen ist. Aber sie wird dank der erwähnten Schwächen, dank ihrer Unfähigkeit zu einer die Schwankenden mitreisenden Einheitsfrontpolitik weiter außerstande bleiben, diese Millionen-gefolgschaft zu wirkungsvollen außerparlamentarischen Aktionen in Bewegung zu setzen, so wie sie am 20. Juli ihr schmähliches Versagen eingestehen mußte.

Und so bleibt die Aufgabe der SAP: Mit zäher, alle Schwierigkeiten überwindender Kraft, mit kühner und kluger Politik jenen Einfluß in den überparteilichen Massenorganisationen zu gewinnen, der notwendig ist, um sie trotz Sabotage der Führung in Kämpfen zu führen, aus denen die Kraft wächst, von den tiefen Rissen aus, die es heute schon durchziehen, das Machtfundament der herrschenden Klasse zu sprengen.

Noch produziert täglich die Geschichte die Bedingungen der Revolution von neuem. In wesentlichem Maße von uns wird es abhängen, ob in dieser Situation das Proletariat die Kraft zu einem deutschen roten Oktober gewinnt oder ob der innere Kraftverfall der Arbeiterorganisationen die Bourgeoisie von der Drohung der Revolution befreit, ihr nochmals eine Chance gibt. Wie klein auch heute die Schar derer, die diese schwere Aufgabe auf sich nehmen, ist — ihr Wissen um den richtigen, den einzigen Weg, ihre Kraft, ihre Fähigkeit, ihr Mut werden nunmehr erlahmen.



### Die Reichstagswahlen in Strehlen

Schwarz-rot-gold mit Hakenkreuz

(Sonderbericht der SAZ)

Daß die Nazis ihren allgemeinen Stimmrückgang bereits im voraus durch Fahnen-schmuck feierten, dürfte eine allgemeine Erscheinung gewesen sein, daß dabei aber auch eine schwarz-rot-goldene Fahne — selbstverständlich mit Hakenkreuz versehen — zu sehen war, ist immerhin ein Kuriosum.

Obwohl anläßlich der Wahl auf den Straßen und Plätzen Strehlens, speziell in der Nähe der Wahllokale ein etwas regeres Leben als an anderen Sonntagen herrschte, verlief der Wahlsonntag in „Ruhe und Ordnung“. Lediglich die Polizei selbst sorgte für etwas Abwechslung, indem sie ängstlich darauf achtete, daß vor den Wahllokalen bei jedem Wahlplakat höchstens ein Mann stand. Auch kam die Menge jedesmal in Bewegung, wenn der „Polizeiflitzer“ durch die Straßen sauste, weil das Publikum jedesmal eine Sensation erwartete — aber es waren immer nur ganz normale Patrouillenfahrten!

Solche Patrouillenfahrten — ebenfalls in Uniform — leistete sich auch per Fahrrad die SA in größeren Trupps vor den Augen der Strehlener Polizei. Wenn es sich um Arbeiter gehandelt hätte, die nicht in „braun“ waren, so wären das bestimmt verbotene Demonstrationen gewesen — aber die Farbe macht.

### Papens „Wohlfahrtsstaat“

In Langewiese bei Silyllernort erhält ein Wohlfahrts-Unterstützungsempfänger mit Familie und 5 Kindern 5.— Mark Unterstützung wöchentlich, die außerdem noch folgendermaßen verrechnet wird: 2.— Mark Abzug für Miete, 2.— Mark in Naturalien und 1.— Mark in bar.

### Sprengstoffe sind dort zu haben

Waldenburg, 7. November.

Aus der Ziegelei in Kynau haben unbekannt Täter in einer der letzten Nächte etwa einen Zentner Sprengstoff gestohlen. Nach den vorhandenen Spuren müssen die Diebe einen Kraftwagen benutzt haben.

Ein „Kraftwagen“? Nun, man wird wohl nicht fehl gehen, wenn wir behaupten, daß hier die Nazis dahinter stecken.

### SA-Mann abgestürzt

Kreuzburg, 7. November.

Der SA-Mann G n o t h stürzte, als er eine von Kommunisten auf einem Schornstein des früheren Schlosses Ellguther Mühle gehißte rote Fahne herunterholen wollte und am Blitzableiter hochklettern, aus beträchtlicher Höhe ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

### Festnahme eines Brandstifters

Liegnitz, 7. November.

Festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt wurde der wohnungslose Arbeiter Josef Ossysek aus Hindenburg O/S. Er ist überführt und geständig, am 5. November 1932 gegen 1.15 Uhr, das Anwesen des Gutsbesitzers Afsmann in Wahren, Kreis Wohlau, vorzüglich in Brand gesteckt dadurch und einen Schaden von etwa 30 000 RM. verursacht zu haben.

### Fünf Schüsse fielen

Gleiwitz, 7. November.

Im Oberdorf von Schönwald wurden am Sonntag vormittag in der zehnten Stunde fünf bis sechs Pistolenschüsse abgegeben. Verletzt wurde niemand. Der oder die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Vielleicht SA? Aber wir wollen nicht...

## Stadtparlament

Die gestrige Breslauer Stadtverordneten-sitzung verlief entsprechend der praktischen Bedeutungslosigkeit des heutigen Gemeindep-arlaments sang- und klanglos. Auf Grund der neuesten Notverordnung vermag der Vorsteher jetzt jeden nur irgendwann eingebrachten Antrag abzulehnen, sofern er eine finanzielle Belastung der Stadt darstellt, für die angeblich keine Deckung vorliegt. Das hat natürlich zur Folge, daß sämtliche sozialen Anträge der Arbeiterpartei von der Tagesordnung abgesetzt werden können. Und tatsächlich haben dieses Schicksal auch Anträge der Kommunistischen Fraktion in der gestrigen Stadtverordnetensitzung erfahren.

Von wichtigen Anträgen kam zur Verhandlung nur der Antrag der SAP, die Reich- und Staatsregierung erneut zu ersuchen, geeignete Maßnahmen dafür zu ergreifen, daß endlich die Jetztmieten auf den Stand von 1927, das heißt auf 100 Prozent der Friedensmiete, gesenkt würden. Der Antrag forderte weiterhin, den ausgesetzten und ziemlich aufgebrauchten Betrag zur Mil-

derung von Härten bei Zahlungsschwachen, sowie zur Umsiedlung bereiten Mietern zu ergänzen bzw. zu erhöhen und die Siedlungsgesellschaft zu veranlassen, die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Mai des Jahres die auf einen ähnlichen Antrag der SAP-Fraktion zustande gekommen waren, durchzuführen. Die gestern erhobenen Forderungen wurden von Genossen Küchler eingehend begründet. Die SPD, die erst mit dem Bemerkten, sie unterstütze keine Anträge an Bracht und Papen, weil diese ohnehin bald verschwinden(!) die Zustimmung zu diesem Antrag versagen wollte, wagte am Ende nicht die völlige Ablehnung, nachdem der Stadtverordnete Darf zum Gelächter des ganzen Hauses eine großangelegte Rede über die „Arbeit“ der SPD im neuen Reichstag vom Stapel gelassen hatte (höher gehts nimmer), wurde der erste Teil des Antrages (die Senkung der Jetztmiete auf den Stand von 1927) angenommen und nur der übrige Teil mit den Stimmen der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt.

## Landeshuter Brief

(Sonderbericht der „SAZ“)

Landeshut, die bekannte alte Weberstadt, ist ein ausgesprochenes Industriestädtchen mit zu zwei Dritteln proletarischer Bevölkerung, die ideologisch, aber noch stark von der bürgerlichen Gedankenwelt befangen ist. Der Rest der Bevölkerung ist ein ausgeprägter Spielbürgertyp.

In dieser Industriestadt würde jeder Uneingeweihte starke Arbeiterorganisationen vermuten. Dem ist aber nicht so. Es liegt nicht etwa an der Arbeiterschaft, sondern vielmehr an den beiden Arbeiterparteien SPD und KPD. Und daß es einzig und allein nur an diesen liegt, soll mit Nachstehendem bewiesen werden.

Schon im Jahre 1897 wurde in Landeshut die Filiale des Textilarbeiterverbandes begründet. Innerhalb zehn Jahren war die mit 27 Mitgliedern gegründete Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes auf 1000 Mitglieder gestiegen. 1906 stellte die Filiale den ersten Geschäftsführer an. Lohnkämpfe wurden immer mit der größten Geschlossenheit geführt und führten daher zum Erfolge. So endete der große Lohnkampf 1907 mit einem Siege für die Arbeiterschaft.

Ebenso wuchs auch die politische Bewegung. Die Sozialdemokratische Partei gewann von Wahl zu Wahl. Mit dem Kriegsausbruch erlitt die Bewegung eine Unterbrechung. Die kriegs- und staatspolitische Einstellung der SPD führte schließlich zur Spaltung der Partei.

Nach dem Zusammenbruch fand der Wille, sich zu organisieren, einen noch nie dagewesenen Ausdruck. 1922 gehörten fast alle beschäftigten Lohnempfänger einer Berufsorganisation an. Die gewerkschaftliche Führung hatte nach dem Kriege die USP, nachher KPD durch den Arbeitersekretär Scholz in ihrer Hand. Die äußerst reformistisch und staatshaltende Politik der SPD einerseits und das überradikale Auftreten der KPD andererseits führte bei Aktionen und Lohnkämpfen zu gehässigen Reibereien und Gegeneinanderarbeiten. Durch diesen Hader wurde die Arbeiterschaft immer mehr abgestoßen. Der Streik 1923 führte durch dieses Gegeneinanderarbeiten zum Mißerfolg und dieser trieb die Arbeiter in Scharen aus den Organisationen heraus. Der Gewerkschaftssekretär Scholz trat von seinem Posten zurück und an dessen Stelle übernahm Opitz (SPD) die Sekretärstelle. Opitz, ein auf dem äußersten rechten Flügel stehender SPD-Mann, schärferte durch seine bürokratisch unaktive Politik die Gewerkschaftsbewegung vollends ein. Andererseits reizte es die KPD zu immer radikalerem Auftreten. In ihrem spaltungspolitischen Kurse spaltete sie fast sämtliche Arbeiterorganisationen. Sie spaltete

die Gewerkschaft und gründete die RGO, den Arbeiterturnverein und zuletzt am Anfang dieses Jahres den Freidenkerverband. Die Freie Schulbewegung konnte durch die falsche kulturpolitische Einstellung der KPD nicht aufrechterhalten werden. Natürlich half ihr bei der Spaltung fleißig die SPD wie Gewerkschaftsbürokratie, indem sie von ihrer Apparat-Diktatur fleißig Gebrauch machte. Folgender Fall gibt ein Beispiel dafür:

Bei dem Baugewerksbunde fand 1929 eine Vertreterwahl statt, ein der SPD angehöriger Kollege schlug einen KPD-Mann vor. Die SPD nahm dieses als Grund und schloß den Genossen aus der Partei aus.

Viele der sich am radikalsten gebärdenden Kommunisten sind ins Lager der Reaktion abgewandert. Einer spielt beim Stahlhelm eine Rolle und ein anderer, der sogar KPD-Stadtverordneter war, ist jetzt bei den Nazis Ortsgruppenleiter. Andere sind zur SPD hinübergewechselt und stehen auf dem reformistischen Flügel, einer ist Vorsitzender des Reichsbanners, also gut national.

In der Gewerkschaft befinden sich nur ein kleiner Bruchteil dessen, die nach dem Zusammenbruch organisiert waren. Auch die politische Bewegung ist katastrophal zurückgegangen. Hatten die beiden Linksparteien nach dem Kriegsschluss die absolute Mehrheit, ja beinahe zwei Drittel im Stadtparlament und Magistrat, so haben sie jetzt von insgesamt 24 Stadtverordnetenmandaten nur 9, davon 6 SPD und 3 KPD.

Durch diese verderbliche Politik der SPD und KPD haben die Nazis auch in Landeshut fruchtbaren Boden gefunden und würden bei einer Stadtverordnetenwahl 10 Mandate erhalten.

In der Aero Brüning waren die SPD und Gewerkschaftsführer die eindringlichsten Verteidiger dieser Politik und nahmen jeden Lohnabbau kampflos hin. Dafür gebärdete sich die KPD aber am ultraradikalsten, was bei den Betriebsarbeitern keinen Eindruck, sondern das Gegenteil erweckte. Einmal ist hier aber in bezug auf Einheitsfront ein wahres Wunder geschehen. Es war nach den Terrorakten der Nazis in Schmielesberg, und zwar durch das Einschreiten der hiesigen Polizei, die aufs brutalste auf die Proleten mit dem Gummiknüppel einschlug. Damals hatte sich über Nacht ein Kampfausschuß gebildet von sämtlichen Linksorganisationen. Eine gemeinsame Demonstration ist gemacht worden und das war alles. Die hiesige KPD-Leitung hat von ihrer Bezirksleitung dafür einen Rüffel bekommen und sie entschließ sanft.

So sieht es in der Arbeiterbewegung aus, wo äußerst rechte SPD-Politik und ultralinke KPD-Politik getrieben wird.

### Der Raubüberfall in Gogolin Unglaublich hohe Zuchthausstrafen

Oppeln, 7. November.

Das hiesige Sondergericht verurteilte heute den Arbeiter Kaspar Rockstein aus Gogolin zu acht Jahren, den Arbeiter Julius Krzyzyk aus Birawa, Kreis Kosel, und den Versicherungsagenten Johann Skolarczak aus Oderwalde, Kreis Kosel, zu je sieben Jahren Zuchthaus. Der Bruder des Erstgenannten, der Arbeiter Josef Rockstein, wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

### Achtung Holzarbeiter!

Dienstag, den 8. November, 19.30 Uhr: Vierteljahrsversammlung im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal. Mitgliedsbuch als Ausweis mitbringen.

Gegen die ersten drei Angeklagten wurde ferner auf fünf Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt.

Die Verurteilten waren in der Nacht zum 6. September in das Schlafzimmer der Eheleute Stroka in Gogolin eingedrungen, hatten die Eheleute aus den Betten gezerrt, gefesselt und dann solange mißhandelt, bis sie den Aufbewahrungsort des Geldes angaben. Da sie aber nur 50 Mark erbeulden, drangen sie noch in die im ersten Stock des gleichen Hauses gelegene Wohnung der Witwe Tietze ein, schleppten sie, nachdem sie die alte Frau ebenfalls gefesselt hatten, zu den Stroka hinunter und raubten dann aus ihrer Wohnung 250 Mark. Das erbeulete Geld haben sie in einem Sektgelage verpraßt.

### Spinale Kinderlähmung in Beuthen

Beuthen, 7. November.

WSL. In das städtische Krankenhaus wurde ein Kind eingeliefert, bei dem spinale Kinderlähmung festgestellt worden war. Alle gebotenen Sicherheitsmaßnahmen sind getroffen worden.

### Ringkampf mit dem Räuber

Beuthen, 7. November.

Der Molkereiproduktengroßhändler Mietzko, der am Freitagabend mit dem Kassenabschluss in seinem Büro in der Klakowitzerstraße beschäftigt war, öffnete auf Klopfen die Tür. In diesem Augenblick drang ein Mann auf ihn zu, packte ihn am Hals und versetzte ihm einige Schläge auf den Kopf. Ein zweiter Mann drang in die hinteren Räume ein und durchsuchte die Behältnisse nach Geld. Als

### Eine wichtige Aufgabe sozialistischer Kulturarbeit

Ueber dieses Thema spricht am Mittwoch, den 16. November, in einer öffentlichen Versammlung

Genosse Hoheisel, Berlin,

im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12/14, 19 Uhr.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Ortsgruppe Breslau.

er jedoch seinen Komplizen mit Mietzko ringen sah, packte ihn anscheinend die Angst und er ergriff mit einem vor dem Büro Schmiere stehenden Banditen die Flucht. Auf die Hilferufe Mietzkos kamen Hausbewohner hinzu, doch waren die Banditen inzwischen entkommen. Finor von ihnen konnte jedoch kurze Zeit darauf verhaftet werden. Bei seiner Vernehmung hat er die Namen seiner beiden Komplizen angegeben, so daß auch mit deren Verhaftung zu rechnen ist.

# Viele hundert Marken kamen und gingen,

## Juno blieb

weil Millionen Raucher den Wert einer gleichmäßig hohen Leistung anerkennen.

Dieses ehrende Vertrauen wird Juno stets zu rechtfertigen wissen.

Ihre hervorragende Qualität verlangt unbedingt den Ausschluß aller unsachlichen Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickerereien.

Nur so kann Juno für alle Zukunft ihren Ruf aufrecht erhalten.

## Juno steht fest!



„Hier haben Sie Ihr Kind, es ist tot“

**Schreckensfahrt eines Schwarzfahrers**

Zu einer wahren Schreckensfahrt gestellte sich ein Schwarzfahrer, der am Freitag nachmittag der Block D. aus Breslau mit einem Personenkraftwagen ausfuhr. In einem wahren Hölletempo befuhr er die Stieglauer Straße und bog, ohne das Tempo zu vermindern, nach rechts in die Max-Pache-Straße ein. Dort sauste der Wagen die linke Fahrbahnseite entlang, und nur mit Glück entging ein entgegenkommendes Pkw einem Zusammenstoß, indem der Kutscher die Pferde auf

**Revolutions-Feierstunde**

Mittwoch, 9. November, früh 10 Uhr, in der Skala ist auf Grund des Burgfriedens eine geschlossene Feiern. Wir bitten daher unbedingt, Mitgliedsausweis mitzubringen. Eltern treffen sich mit den Kindern in den Stadtteilen zum Besuch der Revolutionsfeier

1/2 Stunde zeitiger als zu den bekanntgegebenen Zeiten. Unbedingt schulfrei halten.

Freundschaftl. Arbeiter-Kinderfreunde Breslau.

den Bürgersteig hinüber ritt. Der in unvermindertem Tempo weiter fahrende Kraftwagen überfuhr nun auf der linken Straßenseite das dreieinhalbjährige Kind Lothar des Weichenwärters Leiche aus der Max-Pache-Straße. Das Kind wurde eine Strecke mitgeschleift. Als der Führer den Wagen endlich zum Stehen brachte, holte er das Kind unter dem Wagen hervor und übergab es der hinzugeeilten Mutter mit den Worten: „Hier haben Sie Ihr Kind, es ist tot.“ Dann bestieg er das Auto und wollte die Flucht ergreifen, wurde aber durch das Dazwischentreten von Straßenpassanten daran gehindert. Er mußte erst gezwungen werden, das schwer verletzte Kind, das einen Schädelbruch und einen Knochel- und Schienbeinbruch erlitten hatte, ins Allerheiligen-Krankenhaus zu fahren. D., dem der Wagen nur zum Reinigen übergeben worden war, befand sich auf einer Schwarzfahrts- und war nicht im Besitz eines Führerscheines.

**UND WIR FILM**

Ein neuer Film im Palast-Theater: „David Golder“

Manuskript und Regie: Julien Duvivier.

Ein meisterhaftes Filmwerk! Der heimtöselige Jude, Emporkömmling, Großbourgeois, Ausbeuter von Millionen, wird der Ausgebeutete seiner eigenen Frau und Tochter, seiner Familie. Ein Heer von Schwarztörnern hat sich an seine Fersen geheftet. Die Damen und Herren der „besten Gesellschaft“ werden als Dirnen und Zuhälter entlarvt. Mit einem Zugriff wird das Gesicht der herrschenden Klasse enthüllt. Das läßt einen die Mängel in der Komposition, das Fehlen des großen Gegenspieler-Proletariat und den nur psychologisch begründeten Zusammenbruch des Börsen- und Industriemagnaten vergessen. Harry Baur gibt eine unerhörte starke schauspielerische Leistung. Regie und bildkünstlerische Ausstattung zeigen ein hervorragendes Können. Wir können den Film nur empfehlen. E. K.

**Das Proleton spielt**

Das neue Wochenprogramm vom Proleton bringt zwei neue Filme. „Stürme der Leidenschaft“ mit Emil Jannings und Anna Sten. Der zweite Film heißt „Fünf von der Jazzband“ und ist vom Regisseur Erich Engel geschaffen worden. Wer sich ein bißchen Unterhaltung für ein paar Groschen leisten kann und will, der gehe ins Proleton.

**Nur für ein Fünftel der Schulentlassenen Lehrstellen**

D. d. Das Elend der arbeitslosen Jugend beginnt sich zu einer Katastrophe für die ganze junge Generation auszuwirken. Wie haben heute bereits über

1 Million jugendlicher Arbeitsloser.

für die ebensowenig Aussicht besteht, wieder in den Produktionsprozess eingereiht zu werden, wie für die Alten. Die Gefahr völliger sozialer Zerrüttung besteht für sie um so mehr, als bei ihnen die innere Festigkeit eines erwachsenen Menschen fehlt, um eine lange Arbeitslosigkeit ertragen zu können. Sie fühlen sich überflüssig, und dieses verzweifelnde Gefühl des Unbegreifens wird dadurch noch gefördert und verstärkt, daß sie infolge längerer Arbeitslosigkeit ihrem Beruf mehr und mehr entfremden. Sie können gar nicht mehr arbeiten, weil die erzwungene Unfähigkeit sie um den Verlust ihrer Berufsfertigkeiten gebracht hat.

Immer neuen Zustrom erhält das Heer der jugendlichen Arbeitslosen noch von den Jugendlichen, die aus der Schule entlassen, überhaupt gar nicht mehr erst eine Beschäftigung finden, um „arbeitslos“ zu werden. Auch für Lehrlinge, die immer noch ein willkommenes Ausbeutungsobjekt waren, hat der bankrotte Kapitalismus keine Verwendung mehr. Darüber gibt die von den rheinischen Arbeitshilfen gerade herausgekommene Statistik ein grausiges Bild. Es wird berichtet, daß

von 60 619 Ratsuchenden bei den Berufsberatungen in den letzten 12 Monaten nur noch 12 678 in Lehr- und Arbeitsstellen vermittelt

werden konnten, das bedeutet, daß vier

Fünftel der Ratsuchenden überhaupt keine Stelle nachgewiesen werden konnte. Auf Ratsuchende von höherer Schulbildung, die im abgelaufenen Jahr 13 183 betragen, entfielen so gut wie gar keine Vermittlungen, nämlich nur 209, in Prozenten umgerechnet bedeutet das 1,5 Prozent.

Natürlich sind bei den Ratsuchenden längst nicht alle Schulentlassenen aufgeführt, viele von ihnen halten den Gang zur Berufsberatung für zwecklos, da sie doch keine Stelle bekommen, so daß in Wirklichkeit die Zahl der schulentlassenen Arbeitslosen noch beträchtlich höher liegt.

Hier ist ein Aufgabengebiet, dessen sich die Partei und besonders der Jugendverband mit noch viel mehr Intensität als bisher zuwenden müssen. Eine oft angewandte Begründung der Prolet-Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Verbände für ihre Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst ist die, daß die Jugendlichen es selbst sind, die eine Beteiligung verlangen. Aber diese Tatsache beweist ja auch gerade, wie wenig die Sozialdemokratie und die Prolet-Gewerkschaften es verstanden haben, die Kräfte ihrer Jugendlichen in die richtigen Bahnen zu lenken. Wenn heute diese Jugendlichen in die Arbeitsdienstlager strömen, so ist das ja nur die Fortsetzung und notwendige Folgerung ihrer Politik: Hinein in die Institutionen des kapitalistischen Staates.

Noch retten, was zu retten ist, diese Jugend wieder zurückführen auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes ist unsere Aufgabe, die angesichts des Versagens der Anderen brennende Notwendigkeit ist.

**Warum SAP?**

Ein tiefes Sehnen nach der Einheitsfront geht durch die Reihen der Arbeiterklasse. Es wächst die Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft nur dann erfolgreich gegen Lohnraub und Lohnräuber, gegen Reaktion und Faschismus und für den Sozialismus kämpfen kann, wenn sich die Arbeiter wenigstens zum einheitlichen Kampf um das Stück, zum gemeinsamen Kampf gegen ihre gemeinsamen Feinde zusammenschließen.

Die SAP hat seit ihrem Bestehen alles getan, was in ihren Kräften stand, solche Erkenntnisse zu fördern. Dennoch ist es eine unverkennbare Tatsache, daß die Abneigung gegen alles, was nach einer weiteren Zersplitterung der Arbeiterschaft aussieht, sich auch gegen die SAP richtet.

Viele Arbeiter wissen eben noch nicht, daß die SAP die einzige Arbeiterpartei ist, die mit zäher Konsequenz für die Aufrichtung der proletarischen Einheitsfront wirkt und daß ihre Bildung gerade deswegen notwendig geworden ist, weil es nicht möglich ist, innerhalb der SPD oder der KPD für eine Politik einzutreten, die die Arbeiterklasse im Kampf für gemeinsame Ziele zusammenschweißt.

Diese Lage verpflichtet die Mitglieder der SAP, viel energischer als bisher die breiten

Kreise über die Ziele unserer Partei aufzuklären. Dazu eignet sich in hervorragender Weise

die Broschüre „Was will die SAP?“

Gen. Paul Fröhlich zeigt an Hand einer gründlichen Analyse der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Politik, warum die Gründung der SAP zu einer unumgänglichen Notwendigkeit geworden ist. Auf die Frage: Warum SAP? antwortet er:

„Eine Situation in Deutschland, die nach revolutionärer Aktivität der Arbeiterklasse schreit, und zwei Parteien, die unfähig sind, die Arbeiter in den Kampf zu führen. So stehen die Dinge. Die Sozialdemokratie will den Kampf des Proletariats überhaupt nicht, weil sie sich an die kapitalistische Ordnung klammert, mit der sich die führende Schicht innerlich verbunden fühlt. Sie will ihn nicht, weil diese Führer die Revolution fürchten. Sie betreibt deshalb eine Politik, die der Arbeiterklasse von Tag zu Tag verhängnisvoller wird und dem Faschismus den Weg bereitet. Die kommunistische Partei kann diesen Kampf nicht führen, weil sie in tiefster Verwirrung ist, die großen Lehren des Klassenkampfes nicht beachtet, die Massen durch ihre Politik zurückstößt und sich immer von

**Mitgliederversammlung**

am Donnerstag, den 10. November, im Bergkeller, Klettschkastraße, Genosse Eckstein spricht über:

**„Die Wahl vom 6. November u. die Aufgaben der SAP“**

Beginn 19.30 Uhr — Eintritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches — Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht!

neuem in Abenteuer stürzt, die die gesamte Arbeiterklasse aufs schwerste schädigen. Unter solchen Umständen mußten jene Kräfte, die jahrelang hier wie dort versucht haben, die alten Parteien zu reformieren, eine eigene Parteiforgansationschaffen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß alle diese Bemühungen vergeblich waren.

Man klage nicht, daß eine neue Spaltung herbeigeführt sei. Die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei wissen das hohe Gut der proletarischen Einheit zu schätzen. Aber eine Einheit um der Einheit willen, eine Einheit, die nichts anderes bedeutet als willkürliche Unterwerfung unter einen Kurs, der ins Verderben führt, ist das größere Übel. Denn eine solche Einheit verhindert, daß die richtigen Gedanken des Klassenkampfes Kraft gewinnen und sich durchsetzen. Eine Partei ist notwendig, die Tag für Tag ihre Kräfte anstrengt, um die Arbeiterklasse von der Richtigkeit dessen zu überzeugen, was sie erkannt hat, um durch ihre tägliche Politik zu zeigen, welche Mittel das Proletariat vorwärtszuführen.“

Diese Partei ist die Sozialistische Arbeiterpartei. Von ihrem Willen gilt es, die breiten Massen zu unterrichten. Am besten eignet sich für diesen Zweck die Broschüre: „Was will die SAP?“ Sorgt dafür, Genossen, daß eure Freunde und Bekannten die Broschüre kennenlernen und sich überzeugen, daß ihr Platz in den Reihen der SAP ist.

**ORGANISATIONSNACHRICHTEN**

SAP Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68

Distriktführer sofort Material abholen im Parteibüro.

Innere Stadt: Mittwoch, den 9. November, Punktlohnstützung im Parteibüro.

Frauen der Abteilung Odertor: Heutabend, 20 Uhr, wichtige Sitzung im Heim Mehlhase.

Sozialistische Arbeiterhilfe, Abt. Gefangenenfürsorge. Quittung: Liste 104 3.60 Mk., Liste 39 7.30 Mk., Liste 40 6.20 Mk. Sammlung Revolutionsfeier 18 08 Mk. Allen Spendern und Helfern sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Der Vorstand der SAH. 8 Mk. von Gen. Estermann für Winterhilfe.

Achtung, Parteigenossen! Alle Sammelstellen und 5 Pf.-Karten der Soz. Arbeiterhilfe sind bald im Büro abzurechnen. Roßdeutscher.

Die Erziehungsberatung wird ersucht, sofort die Liste für die ausgegebenen Milchkarten im Büro abzuliefern. Soz. Arbeiterhilfe.

Monatliche Gemeinde Breslau, Grünstr. 14/16. Ortsgruppe des Volksbundes für Gottesfreudigkeit.

Am Mittwoch, den 9. November, Punkt 20 Uhr, findet der Kursus von Gen. E. Machek zur Einführung in die Mikrobiologie statt.

Der Kursus führt in die Welt der Kleinstlebewesen und werden mikroskopische Präparate gezeigt. Karten an der Kasse.

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3 Sprechstunden Dienstag Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 10—20 Uhr

Monatliche Jugend: Heut, 1/20 Uhr, ist alles im Heim, Grünstr. 14/16. Ueber den Wahlausgang und seine Bedeutung für das Proletariat referiert Gen. Walter Fabian-Dresden. Gäste willkommen.

**Wohin?**

Breslauer Volkstheater e. V. Zum Besuch der Filmtheater des Capitol-Konzerns (Capitol, Palast-Theater, Kammerlichspiele, Astoria-Palast und Weltbühne) erhalten die Mitglieder der Volkstheater in der Geschäftsstelle Vorzugs-Sammelkarten, die von der Mio-Reklame-Gesellschaft herausgegeben sind. Diese Vorzugskarten, die bis zum 31. Dezember d. Js. Gültigkeit haben, ermöglichen den Besuch der genannten Filmtheater zum Einheitspreis von 50 Pfg.

**Kleine Sportnachrichten**

Arbeiter-Angler-Verein: Donnerstag, den 10. November, 20 Uhr, Versammlung im GW, Zimmer 12/14. Angelkarten für 1933 müssen bestellt werden und Beiträge für 1932 bezahlt sein.

**STADTTHEATER**  
Dienstag, 20—22.45 Uhr  
Abonn.-Vorst. E 5  
Der Illustrierte Holländer  
Mittwoch, 20—22.30 Uhr  
Abonn.-Vorst. F 5  
Der Opernbau  
Donnerstag, 19.30—23 Uhr  
Der Teufelsreiter

**LOBETHEATER**  
Täglich 20.15—22.10 Uhr  
Komödie der Irrungen  
GERRHART-HAUPTMANN-  
THEATER  
Täglich 20.15—22.15 Uhr  
Donnerstag, 17. April

**Berlin**  
**Rose-Theater**  
Große Frankfurter Str. 132  
Telefon: E 7 Wolken 2423  
Mittwoch, 9. November  
8.15 Uhr  
Der Zigeunerbaron

**Genossen Beachtet**  
unsere Inserate!

Polnisch, Opposanz, Feb, Soz, Ebor etc. etc. zum Bestn und Verfrachten von Mänteln etc. 10cm nur 1.25, 9.95, 9.48, 0.48, 0.25 etc. Versand nach auswärts. Priodiländer. Sonntags. 30

**„Der Niedergang des deutschen Kapitalismus“**  
von Fritz Sternberg  
Ladenpreis 9 Mark  
Genossen und Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4,50 Mark. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Kleine Holzstraße 3.

Verantwortlich: Paul H a n n a c k, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG. Breslau, Neue Grupastraße 7. Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I. Treppe. Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter G e b u r t, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postchekkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau. Konto Nr. 102 92. Inseratspreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarife. Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I. Treppe. Telefon 206 02.

**Wo decke ich meinen Bedarf?**

Kolonialwaren · Spirituosen · Zigarren  
**Alfred Köpperl**  
Edeka-Geschäft u. Westendstr. 36

**Schmelz ist und bleibt billig**  
Friedrich-Wilhelmstraße 25

Paul Fröhau  
Kolonialwaren usw.  
Bergstraße 22

**WESTEN**

**Lebensmittelhaus**  
Heinrich & Co.  
Frankfurter Straße 154

Im möbelhaus  
**möbel das heim**  
preiswert königsplatz 4

Obst · Gemüse · Kolonialwaren  
Erich Völkel  
Bergstraße 20

**Oskar Laqua**  
Anderssonstraße 31  
Kolonialwaren

Leinwandhaus **Gotthard Völkel**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 51  
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

9% Kolonialwaren Josef Walter 9%  
Mühlentorstr. 21, Ecke Berliner Str.

**Genossin! Fahrräder u. Motorräder**  
bei Karl Berst Jun., Steinauer Straße 12a.

**Franz Rzehulka**  
Kolonialwaren / Tabake  
Altenstraße 49, Ecke Luthersstraße

**Vogelwälder · Kolonialwaren**  
auf bei Ritter, Friedrich-Wilhelm-Straße 93



# Erste Bilanz der Revolution

am 18. November 1918 gezogen von Rosa Luxemburg

(Vorbemerkung der Red.)

Wiederholt kann man in den SPD-Versammlungen von den heutigen Führern der SPD, wenn das Thema „Novemberrevolution von 1918“ und „was habt ihr in den 13 Jahren geleistet?“ zur Diskussion steht, und sie angegriffen werden, erklären hören: „Ja, wenn wir das damals gewußt hätten, ihr habt jetzt gut reden. Wenn man vom Rathaus kommt, ist man klüger als beim Hinaufgehen.“

Diese Behauptungen der heutigen SPD-Führer sind bewußte Irreführungen der Massen, denn wie auch unser heute aus Anlaß der Novemberrevolution von 1918 gebrachte erste Bilanz von Rosa Luxemburg beweist, ist damals in schärfster Form an der kleinbürgerlichen und völlig unrevolutionären Politik der SPD schärfste Kritik geübt worden.

Nicht die Massen sind schuld an der Tragik der deutschen Novemberrevolution, sondern die Ebert, Noske, Severing, Wels und Co., die wußten, worum es ging, und froh waren, als die Vertreter des mahnenden Gewissens der Revolution, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, ermordet wurden.

„Die Revolution hat begonnen. Nicht Jubel über das Vollbrachte, nicht Triumph über den niedergeworfenen Feind ist am Platze, sondern strenge Selbstkritik und eiserne Zusammenhaltung der Energie, um das begonnene Werk weiterzuführen. Denn das Vollbrachte ist gering und der Feind ist nicht niedergeworfen.“

Was ist erreicht? Die Monarchie ist hinweggefegt, die oberste Regierungsgewalt ist in die Hände von Arbeiter- und Soldatenräten übergegangen. Aber die Monarchie war nie der eigentliche Feind, sie war nur Fassade, sie war das Aushängeschild des Imperialismus. Nicht der Hohenzoller hat den Weltkrieg entfacht, die Welt an allen Enden in Brand gesteckt und Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht. Die Monarchie war wie jede bürgerliche Regierung die Geschäftsführerin der herrschenden Klassen. Die imperialistische Bourgeoisie, die kapitalistische Klassenherrschaft — das ist der Verbrecher, der für den Völkermord verantwortlich gemacht werden muß.

Die Abschaffung der Kapitalherrschaft, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung: dies und nichts Geringeres ist das geschichtliche Thema der gegenwärtigen Revolution. Ein gewaltiges Werk, das nicht im Handumdrehen durch ein paar Dekrete von oben herab vollbracht, das nur durch die eigene bewußte Aktion der Masse der Arbeitenden in Stadt und Land ins Leben gerufen, das nur höchste geistige Reife und unerschöpflichen Idealismus der Volksmassen durch alle Stürme glücklich in den Hafen gebracht werden kann.

Aus dem Ziel ergibt sich klar der Weg, aus der Aufgabe ergibt sich die Methode. Die ganze Macht in die Hände der arbeitenden Masse, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte, Sicherung des Revolutionswerks vor ihren lauernden Feinden, dies die Richtlinie für alle Maßnahmen der revolutionären Regierung. Jeder Schritt, jede Tat der Regierung müßte wie ein Kompaß nach dieser Richtung weisen.

Was ist die jetzige revolutionäre Regierung? Sie beläßt den Staat als Verwaltungs-Organismus von oben bis unten ruhig weiter in den Händen der gestrigen Stützen des hohenzollernschen Absolutismus

1) Einzug und Fettdruck von uns. Die Red.

und der morgigen Werkzeuge der Gegenrevolution, sie beruft die konstituierende Nationalversammlung ein, schafft damit ein bürgerliches Gegengewicht der Arbeiter- und Soldatenvertretung, verschleibt damit die Revolution auf das Geleise einer bürgerlichen Revolution, eskamotiert die sozialistischen Ziele der Revolution; sie tut nichts, um die weiter bestehende Macht der kapitalistischen Klassenherrschaft zu zertrümmern, sie tut alles, um die Bourgeoisie zu beruhigen, um die Heiligkeit des Eigentums zu verkünden, um die Unantastbarkeit des Kapitalverhältnisses zu sichern, sie läßt die sich auf Schritt und Tritt regende Gegenrevolution ruhig gewähren, ohne an die Masse zu appellieren, ohne das Volk zu warnen.

Das Fazit der ersten Woche der Revolution heißt: im Staate der Hohenzollern hat sich im wesentlichen nichts verändert, die Arbeiter- und Soldatenregierung fungiert als Stellvertreterin der imperialistischen Regierung, die bankrott geworden ist. All ihr Tun und Lassen ist von der Furcht vor der Arbeitermasse getragen. Bevor die Revolution noch Kraft, Schwung, Anlauf genommen, wird ihre einzige Lebenskraft, ihr sozialistischer und proletarischer Charakter eskamotiert.

Aber die Revolutionen stehen nicht still. Ihr Lebensgesetz ist rasches Vorwärtsschreiten. Der Anfang ist gemacht. Das weitere ist nicht in der Hand der Zwerg, die den Lauf der Revolution aufhalten, dem Rad der Weltgeschichte in die Spalten fallen wollen. Die Tagesordnung der Weltgeschichte heißt heute: Verwirklichung des sozialistischen Endzieles. Die deutsche Revolution ist in die Bahn dieses leuchtenden Gestirns geraten. Sie wird weiter Schritt um Schritt durch Sturm und Drang, durch Kampf und Qual und Not zum Sieg gelangen. Sie muß!

„Das ganze Volk“ die „ganze Nation“ soll dazu berufen werden, über die weiteren Schicksale der Revolution durch Mehrheitsbeschluß zu entscheiden.

Sie wollen der Revolution, wie Hilferding in der „Freiheit“ darlegt, auf diese Weise die Gewaltanwendung, den Bürgerkrieg mit all seinen Schrecken, ersparen. Kleinbürgerliche Illusionen! Sie stellen sich den Verlauf der gewaltigsten sozialen Revolution, seit die Menschheit besteht, in der Form vor, daß verschiedene Gesellschaftsklassen zusammenkommen, eine schöne, ruhige und „würdige“ Diskussion miteinander pflegen, sodann eine Abstimmung — vielleicht noch mit dem berühmten „Hammelsprung“ — veranstalten. Wenn dann die Kapitalistenklasse sieht, daß sie in der Minderheit ist, erklärt sie als wohldisziplinierte parlamentarische Partei mit einem Seufzer: Nichts zu machen! Wir sehen, daß wir überstimmt worden sind, wohnt ihr fügen uns und übergeben unsere gesamten Ländereien, Fabriken, Bergwerke, alle unsere feuerfesten Kassen und schönen Profite den Arbeitern.

Wahrhaftig? das Geschlecht der Lamartine, Garnier Páges, Ledru-Rollin, der kleinbürgerlichen Schwätzer und Illusionisten von 1848, es steht — ohne Glanz und Talent und Reiz der Neuheit — in langweilig-pedantisch-gelehrter

2) Sperrung von uns. Die Red.

deutscher Ausgabe in den Kautsky, Hilferding, Haase wieder auf.

Diese tiefgründigen Marxisten haben das ABC des Sozialismus vergessen. Sie haben vergessen, daß die Bourgeoisie nicht eine parlamentarische Partei, sondern eine herrschende Klasse ist, die sich im Besitz sämtlicher ökonomischer und sozialer Machtmittel befindet.

Diese Herren Junker und Kapitalisten sind nur so lange ruhig, als die revolutionäre Regierung sich damit begnügt, kleine Schönheitsplasterchen auf das kapitalistische Lohnverhältnis zu kleben. Sie sind nur brav, solange die Revolution brav ist, d. h. solange der Lebensnerv, die Schlagader der bürgerlichen Klassenherrschaft, das kapitalistische Privateigentum, das Lohnverhältnis, der Profit unbehelligt bleiben. Das heutige Idyll, wo Wölfe und Schafe, Tiger und Lämmer wie in der Arche Noah friedlich nebeneinander ginsen, dauert auf die Minute solange, bis es mit dem Sozialismus ernst zu werden beginnt.

Sobald die famose Nationalversammlung wirklich beschließt, den Sozialismus voll und ganz zu verwirklichen, die Kapitalherrschaft mit Stumpf und Stiel auszurotten, beginnt auch der Kampf. Wenn die Bourgeoisie ins Herz getroffen wird — und ihr Herz schlägt im Kassenschrank —, wird sie auf Tod und Leben um ihre Herrschaft ringen, tausend offene und versteckte Widerstände gegen die sozialistischen Maßnahmen aufbringen.

Der Bürgerkrieg, den man mit ängstlicher Sorge aus der Revolution zu verbannen sucht, löst sich nicht verbannen. Denn Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf, und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenkampf, durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß einführen zu können, ist eine lächerliche kleinbürgerliche Illusion.

Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewußt oder unbewußt auf das historische Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück; er ist ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewußter Ideologe des Kleinbürgertums. Der parlamentarische Kretinismus war gestern eine Schwäche, ist heute eine Zweideutigkeit, wird morgen ein Verrat an Sozialismus sein.

Rosa Luxemburg am 20. November 1918.

## Das Reifezeugnis des sozialistischen Proletariats

Kein Proletariat der Welt, auch nicht das deutsche, kann die Spuren einer jahrtausendelangen Knechtung von heute auf morgen, die Spuren der Fesseln, die die Herren Scheidemann und Konsorten an sie gelegt, im Um-drehen beseitigen. Sowiegen wie die politische hat die geistige Verfassung des Proletariats am ersten Tage der Revolution ihren höchsten Stand. Erst die Kämpfe der Revolution werden in jedem Sinn das Proletariat zur höchsten Reife erheben.

Der Beginn der Revolution war das Zeichen, daß jener Reifeprozess beginnt. Er wird rasch fortschreiten, und der „Vorwärts“ hat einen guten Maßstab, an dem er den Eintritt der Vollreife feststellen kann. An dem Tage, an dem seine Redakteure von ihren Sitzen und

nebst Herrn Scheidemann und Konsorten dahin fliegen, wo der Hohenzoller oder wo Ludendorff sitzt, — an dem Tag ist die Vollreife eingetreten.

Paul Levi am 3. Dezember 1918 in der „Roten Fahne“.

## „Kehrt ruhig in die Kasernen zurück“

(4. Extra-Ausgabe „Vorwärts“  
Sonntag, den 9. November 1918)

Soldaten!

Kehrt ruhig in die Kasernen zurück. Ohne Ordnung keine Sicherung der Volksernährung!  
Lesen morgen den „Vorwärts“, wo Euch weitere Mitteilungen bekanntgegeben werden.  
Die neue Regierung.

## Her mit dem Revolutionstribunal

Eine tägliche Forderung der „Roten Fahne“ in der Revolution

Wir fordern die unverzügliche Bildung eines Revolutionstribunals, vor dem die ganze Verbrecherbande, in erster Linie die beiden Hohenzollern, Vater und Sohn, und der Reichskanzler Bethmann-Hollweg, abzuurteilen sind. Wilhelm von Hohenzollern ist zur Rückkehr anzufordern, damit er sich vor diesem Gericht rechtfertige.

Die Mitschuldigen an der Anstiftung des größten Verbrechens der Weltgeschichte, die Scheidemann und Ebert, die David und Hellmann, muß das revolutionäre deutsche Proletariat jetzt mit eiserner Faust von sich weisen, sonst hat es kein Recht, vor den französischen, englischen und russischen Proletariats, vor der Internationale zu erscheinen!

## Schwere Stürme

... über Columbia

New York, 6. November.

In Columbia hat am Donnerstag und Freitag ein Wirbelsturm großen Schaden angerichtet. In Santa Maria wurden Häuser und Dockanlagen schwer beschädigt. Infolge Unterbrechung der Verbindungen liegen noch keine näheren Nachrichten vor.

... in Norwegen

Tromsø, 6. November.

Ein schweres Unwetter hat heute im hiesigen Bezirk bedeutenden Schaden angerichtet. Man befürchtet, daß Nachrichten über Schiffsverluste eintreffen werden. Von Sörben in Westfinnmark am offenen Eismeer wird berichtet, daß der englische Fischdampfer „Golden Deep“ dort gestrandet ist. Die Mannschaft kämpft in der Brandung; bisher konnte ihr keine Hilfe gebracht werden. Infolge des Unwetters sind nähere Einzelheiten noch nicht zu erlangen gewesen.

## Englischer Fischdampfer gestrandet

Oslo, 7. November.

Nach einer Meldung der Osloer Zeitung „Morgenposten“ ertranken 13 Mann von der Besatzung des an der Küste von Finnmark gestrandeten englischen Fischdampfers „Golden Deep“. Der Kapitän und die drei Passagiere wurden gerettet.



## Roman einer Kommune

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten.  
Copyright 1932 by  
Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Der Pferdeknecht Karpucha, schwammig, mit dicker Brust und fetten Schultern, kam uns schwerfällig entgegen und zwinkerte listig lächelnd mit den Augen. Dieses stumme Lächeln zog tiefe Runzeln über sein greisenhaftes Eunuchengesicht.

Ich konnte ein Lächeln nicht unterdrücken: etwas war an ihm, das an die Pferde erinnerte. Frißt er vielleicht Hafer wie sie?

„Maika läßt den verflixten ‚Batrak‘ nicht in Ruh‘. Revoltiert wie ein Magnet! Wie ein Mädchen ist sie... Lacht, hüpf und quitscht! Ich mach' mal diesen Kerl ganz toll... und er steigt die Wände hinauf, poltert und wiehert... heute hat er alle Pferde und die Pferdewärter dazu in Unruhe gebracht... es hat nur so gedöhnt. Mit Mühe habe ich ihn beruhigt. Und all das wegen ihrer niederträchtigen Tücken...“

„Ein Fohlen hätte man zu ihr einstellen sollen...“

„Ja, das haben wir auch getan.“

„Was hat das also mit den Tücken zu tun? Ein Fohlen braucht sie und keinen Hengst.“

„Erzähl keine Geschichten, Andrej, ich kenne doch ihre Weibertücken... Sie macht alle verrückt... Sie ist eben mal so launenhaft... Eine verflixte Hexe! Der Teufel soll sie holen!“

„Karpucha, veranlasse mal, daß man sofort den Tierarzt holt.“ (Wjetrows Stimme klang streng und befehlend.) „Er ist wieder einmal

nicht gekommen. Dem werde ich tüchtig den Kopf waschen.“

„Gut, gut, Andrej Ssemjonowitsch! Sag' mal, wie lange werden wir eigentlich um ihn herumtanzen, um unseren lieben Tierarzt? Was versteht denn der von Pferden? Ich kenne mich da viel besser aus.“

„Quatsch nicht soviel. Du bist ein guter Pfleger, aber kein Arzt. Tu, was dir gesagt wird.“

Karpuchas Aeuglein kicherten schadenfroh, er schneuzte sich vor Vergnügen die Nase. „Das ist zum Kaputtgehen mit dem, bei Gott... wie ein graues Mäuschen zittert er vor Angst, er fürchtet, in die Nähe der Pferde zu kommen, fürchtet, sie mit dem Finger zu berühren...“

Wjetrow hörte Karpucha nicht zu, besorgt sah er über ihn hinweg.

„Nach dem Mittagessen mußt du ein paar Zimmerleute holen. Die Krippen müssen gerichtet werden.“

Er lächelte über seine eigenen Gedanken.

„Wir wollen eine Neuerung, eine Verbesserung einführen. In einer Zeitschrift ist eine wunderbare Erfindung von Krippen beschrieben, ich habe mir noch etwas dazu ausgedacht. Komm, schau dir das mal an, Galja, du wirst staunen... ja, nun? Karpuchal! Wie steht's mit der Fütterung und dem Mischfutter? Hast du alles so durchgeführt, wie ich es angeordnet habe?“

Karpucha wurde traurig. Man merkte, daß er mit Wjetrows Neuerungen nicht einverstanden war und sich ihnen nur widerwillig fügte.

„Selbstverständlich hab ich's getan, es ist mir doch befohlen worden! Also hab ich's getan! Aber der Verstand steht einem still... zwanzig Jahre bin ich schon bei den Pferden, und jetzt diese Kinkerlitzchen... die sind den Gäulen nur unangenehm und machen sie unruhig... Das Pferd ist ein Naturwesen... es liebt die Einfachheit... Mich solltest du fragen...“

Wjetrow runzelte die Brauen und die Eiszäpfchen in seinen Augen wurden scharf und spöttisch.

„Du bist genau so ein Fachmann wie unsere

Weiber in der Kindererziehung, Karpuchal! Ja, nun? Würden wir auf unsere Weiber hören, dann wäre unsere Kommune schon längst nicht mehr da... Du bist ein guter Pferdewärter, wir werden auch auf dich hören, tu aber doch, was dir angeordnet wird.“

Wjetrow trat zu „Maika“. Neben ihr stand ein kaffeefarbenes, hochbeiniges Fohlen. Es rieb sich an ihrer atlasweichen Seite und stieß das Köpfchen unter ihren Bauch, zuckte, bewegte den lockigen Schweif, horchte erschrocken auf, schüttelte den Hals und blickte uns mit naiven, lustigen Augen an. Es war sammetweich und zart... „Maika“ schlank, wie gemaiselt, mit flimmerndem Fell, grazios und schön, sah uns stolz und streng an. Sie war unnahbar in ihrer Schönheit. Und als Wjetrow ihren Rücken, ihren Leib freundlich streichelte, zuckte sie widerwillig zusammen, wurde nervös und trat ungeduldig zurück.

„Das ist eine Komödiantin!“ Karpucha zwinkerte begeistert. „Wie eine noble Dame ist sie! Nichts kann man ihr recht machen. Alle hält sie für Dreck, wir sind gemeine Kerle, nur sie ist schön und fein. Schau mal, er sah mich mit aufmerksamem Staunen an. „Ein Pferd, ein Tier, es kennt aber genau seinen Wert... es spürt seine Schönheit und Vornehmheit... Ja, ja, ihr Mädchen, so seid ihr alle!“

Ich mußte lachen.

„Was hat das denn mit uns Mädchen zu tun, Karpucha? Deiner Meinung nach müßte man wohl auch die Mädchen in Boxen stellen!“

„Ja, ja, Galja Iwanowna... Die sind doch ebenso launisch und falsch... sind von derselben Art...“

„Schämst du dich nicht, Karpucha... du bist doch ein Kommunar!“

„Das sag ich doch nur aus Liebe... Würde ich mir denn erlauben, dir einen Zaun umzulegen und dich an Stelle der Stute herzustellen? Liebt die Menschen so, wie ich die Pferde liebe, dann wär ich nicht mit Gold aufzuwiegen...“

Ich fühlte mich gekränkt. Um die Tiere kümmert sich Wjetrow vorsorglich und zärtlich. Ueber die Kinder, über die Kinderheime

und -krippen hatte er mit mir noch nicht ein einziges Mal geredet. Diese bürgerliche Liebe zu den Pferden kränkte mich: die Pferde gelten ihm mehr als die Kinder.

Aus dem Pferdestall kamen wir in den Kuhstall. Dieselben Boxen, nur geräumiger. Der Boden ist mit weichem Stroh bedeckt. Ich liebe diese schweigsame, in Nachdenklichkeit versunkene Welt der Kühe. Hier riecht es nach Milch und würzigen Ähren. Diese rotbraunen samtigen Kühe mit den mächtigen Bäuchen, traurigen Augen, schweren, rosafarbenen Eutern, die ihre knöchernen Hinterbeine spreizen, mit Zitzen wie dicke Finger, diese unsere Rassekühe rühren mich, ich empfinde eine körperliche Zärtlichkeit für sie. Das ist die Welt der Mütter. Die Welt des freudigen Stillens der Kleinen, die Welt der Liebe zu den Jungen. Es kommt einem vor, als lebten diese von Mutterschaft schweren Ungeheuer ausschließlich für ihren Muttertrieb, für ihre Euter, und als täten sie ihr ganzes schwerfälliges Leben nichts anderes, als ihre stumpfmauligen, speicheltriefenden Kälbchen, die genau so samtig sind, wie sie selbst, zu lecken. Die Kühe standen auf der einen Seite des Stalles, die Kälber auf der anderen, zu zweit, zu dritt, zu viert. Die Mütter und die Kleinen kauten langsam und schläfrig.

„Diese dummen Säuglinge sind ebenfalls in einem Hort“ — dachte ich, und ich bekam Lust, sie über ihr warmes, kupferfarbenes Fell zu streicheln. Ich wurde plötzlich ein wenig traurig, empfand aber in meinem Innern eine sanfte Ruhe. Wjetrow sprach halblaut mit zwei Arbeitern, mit einem borstigen alten Mann, der ein gutes Lächeln auf den Lippen hatte, und einem jungen Bur-schen, der ununterbrochen an seiner Mütze zupfte und die Hosen zurechtzog.

Sie gingen rechts durch die Tür. Von dort ertönte das Gurren und Stöhnen der Schweine und durchdringendes Quietschen der Ferkel. Voll Bedauern verließ ich dieses mütterliche Schweigen, langsam, mit Herzweg ging ich hinaus. Warum herrscht sogar bei den Tiernütern stets Stille, und warum atmet die Luft auch bei ihnen geheimnisvolle Traurigkeit? (Fortsetzung folgt.)



# Kolonial-Unfug

K. M. Vornehmlich in Schulen und Jugendverbänden wird der Kolonialgedanke mit nachdrücklichster Unterstützung der Behörden (auch wenn SPD-Leute ihnen vorstehen) gepflegt und den jungen Menschen eingeimpft. Kolonialdenkmäler, Kolonialfeste, „Gibt uns unsere Kolonien wieder!“, das ist der letzte Schrei der nationalen Mode.

Und man tut so, als ob mit dem Gewinn von Kolonien Deutschlands Blend behoben, der Hunger am Ende, die Arbeitslosigkeit vorüber wäre. Das „Volk ohne Raum“ lechzt nicht nur nach den Grenzgebieten in Ost und West, es lechzt nach Kolonien.

Worum geht es in Wirklichkeit? Besteht die Möglichkeit, daß das deutsche Volk als Gesamtheit irgendeinen Nutzen von den Kolonien hat? Besteht die Möglichkeit, daß Arbeitslose in den Kolonien Arbeit und Brot finden? Nein, tausendmal nein! Keinerlei Nutzen an den Kolonien hat das Volk. Gewinn allein hat der Kapitalist, der sein Geld an der Quelle der Rohstoffe investieren kann, wo billigste Arbeitskräfte in Unmenge vorhanden sind oder mit Hilfe des Staatsapparates beschafft werden. Gewinn allein haben jene, die schon darauf warten, als Verwaltungsbeamte und Gouverneure in den Kolonien ein lautes Herrensleben zu führen, das ihnen hier so nicht geboten wird. Posten, der sind die treibenden Kräfte des Kolonialgedankens, jene, die die feinen Pöbchen wieder haben wollen, die ihnen in Friedenszeiten ein Schlachtfeiernleben und in Kriegszeiten weit vom Schuh im schlimmsten Falle ein Internierungslager verschafft haben.

Das Volk hat keinen Nutzen, das Volk hat Schaden von den Kolonien. Kolonialkosten, Geld, Geld und abermals Geld! Nicht nur in neuen, sondern auch in längst erschlossenen

Industrieerzeugnisse von Koffern geleistet, Handwerk und Handel halten Indier und Chinesen fest in Händen, tausendmal anpassungsfähiger, tausendmal anspruchsloser als der einfache Weiße. Die akademischen Berufe sind von einheimischen Weibern überfüllt. Und in Südafrika gibt es das, was in anderen Kolonialländern nur vereinzelt vorkommt: weisses Lumpen-Proletariat.

Weisses Lumpen-Proletariat unter farbigen das ist das Unheimlichste, was ein menschliches Hirn sich ausdenken kann. Ohne Geld, ohne Erwerb, ohne Arbeit in den Kolonien leben, ist für den Weißen eine Hölle, die ihn ausbreutet, die ihn in kürzester Zeit vor die Hunde gehen läßt. Wo der Farbige immer noch vegetiert, ist für den Weißen keine Lebensmöglichkeit mehr, gibt es für ihn nur eine Rettung, einen Ausweg: den Tod.

Und nun könnte ein ganz Schlaues sagen: „Wenn wir Kolonien hätten, wäre das alles ganz anders. Dann würden wir eben ihre Grenzen nicht den Arbeitslosen sperren, son-

dern sie ihnen öffnen, dann würden wir ein neues Deutschland schaffen, irgendwo in Afrika!“ Gemach, mein Lieber, so schlau sind die Engländer, zu mindest und vor allem sind sie reicher als Deutschland! Warum öffnen sie ihren Arbeitslosen nicht die Kolonien? Warum schaffen sie nicht ein Neu-England in Kanada, in Afrika oder Australien? Weil es nicht geht! Und weil es, wenn es ginge, den kapitalistischen Interessen widersprechen würde, die in die Kolonien ziehen, um billigere Arbeitskräfte zu haben!

So sieht die Zukunft aus, die nationalitische Kolonialtheorie den Arbeitslosen anpreisen wollen, so sieht die Zukunft aus, die der Besitz von Kolonien dem deutschen Volke beschert. Neue Not, neue Last, neue Verelendung — schlimmere Verelendung noch für ein Phantom von nationaler Ehre, für ein paar Pöbchen in einer neuen Verwaltung, für eine neue Möglichkeit der Kapitalisten, Reichtum zu raffeln!

## Der Heimarbeiter in der Arbeitslosenversicherung

Die Stellung des Heimarbeiters im modernen Arbeitsrecht ist noch ungeklärt. Das entspricht seiner gesamten sozialen und wirtschaftlichen Lage. Obwohl er zu seinem Unternehmer in demselben Abhängigkeitsverhältnis steht wie der moderne Fabrikproletarier, der auch auf den Verkauf seiner Arbeitskraft angewiesen ist, so ist er doch — rechtlich gesehen — kein Arbeitnehmer, er ist aber auch kein selbständiger Hausgewerbetreibender. Er steht zwischen diesen beiden sozialen Gruppen, wobei zu beachten ist, daß die Grenze zwischen Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern oft stark verwischt und daher schwer erkennbar ist. Dieser Umstand hat dazu geführt, daß bei statistischen Erhebungen der Heimarbeiter dem Hausgewerbetreibenden gleich gesetzt wurde und doch wäre es im Interesse einer Durchleuchtung ihrer sozialen Lage besser gewesen, beide Gruppen getrennt zu halten.

Wie bei den statistischen Erhebungen, so hat man auch in der sozialen Gesetzgebung keine Schiedung vorgenommen. So kennt z. B. die RVO nur den Begriff der Hausgewerbetreibenden und erst das Arbeitslosenversicherungsgesetz bringt den Begriff Heimarbeiter für eine selbständig bestehende soziale Gruppe.

Die Gefahren, die der Heimarbeit entweichen, liegen in der beispiellos niedrigen Entlohnung des Heimarbeiters begründet. Der Unternehmer hat ein materielles Interesse, diesen Zustand zu erhalten, besonders aber in den Zeiten der Wirtschaftskrise, denn er ist durch die Konkurrenz gezwungen, alle Vorteile der „Produktion“ ohnehin auszunutzen. Immer mehr Fabrikarbeiter werden darum in den für die Heimarbeit günstigen Industriezweigen auf die Lebenshaltung des Heimarbeiters — die mit dem Begriff Heimarbeiter eindeutig gekennzeichnet ist — herabgedrückt. Die Gewerkschaften haben frühzeitig diese Gefahr erkannt und Stellung dazu genommen. Der im Jahre 1919 in Nürnberg tätige Gewerkschaftsbund hat sich eingehend mit dem Problem der Heimarbeit beschäftigt und von der Regierung gefordert, daß gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Heimarbeit ergriffen werden, die zum Ziele haben, daß alle Personen, die im Betriebe arbeiten können, die Heimarbeit verboten wird.

Das war auch die Stellungnahme der Gewerkschaften in der Vorkriegszeit. Heute hat sich das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Politik gegenüber der Heimarbeit etwas verschoben. Die Idee ihrer völligen Beseitigung ist hinter der Forderung nach einem umfassenden Ausbau der Heimarbeitergesetzgebung zurückgetreten. Wenn man hier über ihre ersten mangelhaften Anfänge nicht hinausgekommen ist, so lag das weniger an dem Willen der Gewerkschaften als an den ökonomischen Machtverhältnissen. Nur bei der Ausgestaltung der Arbeitslosenhilfe ist man den Forderungen der Gewerkschaften entgegengekommen. Durch das AVAVG in der Fassung vom 17. Juli 1927 waren die Heimarbeiter den übrigen Arbeitnehmern gleichgesetzt, d. h. sie unterlagen auch der Versicherungspflicht.

Diese Fassung wurde aber bereits im Jahre 1930 geändert. Grundsätzlich hat man an der Versicherungspflicht der Heimarbeiter — sofern der Verwaltungsrat

### Achtung! Achtung! Mitglieder des S. St. V.

Donnerstag, 10. November 1932, 19.30 Uhr, Ziegelstraße 31  
Mitgliederversammlung des S. St. V. Berlin.  
Erscheinen ist Pflicht.

der Reichsanstalt nichts anderes bestimmt — festgehalten. Diese Einschränkung gibt der Spitze einer Behörde die Möglichkeit, von sich aus über die Versicherungspflicht gerade des schutzbedürftigsten Teiles der deutschen Arbeiterschaft auf dem Verordnungswege zu entscheiden, ohne daß dagegen eine Einspruchsmöglichkeit gegeben ist. Die Verordnung vom Oktober 1930, die wiederholt zuletzt bis zum Jahre 1933 verlängert worden ist, regelt die Versicherungspflicht der Hei-

marbeiter. Ausgenommen davon sind diejenigen Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden, die mehr als eine familienfremde oder mehr als zwei familienangehörige Arbeitskräfte beschäftigen, ebenso die Ehefrauen, die als Heimarbeiterinnen tätig zu sein pflegen und deren Verdienst 12 RM in der Woche nicht übersteigt.

Da der Lohn einer Heimarbeiterfamilie aber selten den Lohn eines Hilfsarbeiters einer anderen Berufsgruppe — unter den gleich sozialen Verhältnissen — übersteigt, sind sämtliche Familienangehörige gezwungen, bei der Anfertigung des Stüchtes mitzuhelfen. Dadurch wird von vornherein ein Teil der Heimarbeiter von der Versicherungspflicht und damit vom Bezüge der Unterstützung ausgeschlossen. Im Falle der Erwerbslosigkeit sind sie nur auf die öffentliche Wohlfahrtspflege angewiesen. Im übrigen aber auf das Wohlwollen ihrer Auftraggeber, damit der Fall der Erwerbslosigkeit möglichst lange hinausgeschoben wird. Die übrigen Heimarbeiter unterliegen der Versicherungspflicht. Wie lange noch — das ist nicht nur eine Frage der Zeit — sondern im wesentlichen eine Frage der Macht, die die Arbeiterklasse der sozialpolitischen Reaktion entgegenzusetzen vermag. Axel.

## Antwortet mit Bildung der Einheitsfront!

(Eigene Meldung der „SAZ“)

Bocholt i. W., 7. November.

Am Samstag, 5. November, abends zwischen 11 bis 12 Uhr, unternahmen SA- und SS-Trupps, die Verstärkung von auswärts herangezogen hatten, einen Überfall auf zwei Stadtteile, die vorwiegend von linksstehenden Arbeitern bewohnt werden. Während diese braune Mordpest sich in dem einen Stadtteil (Rote Erde) eine derbe Abfuhr holte, da die Arbeiterschaft dort vorher alarmiert war, gelang es ihr aber in dem anderen Stadtteil (Fildeken), der in der Nähe des SA-Heims liegt, die Einwohnerschaft zu überraschen.

Die Zugänge zu diesem Stadtteil waren von diesen braunen Mordbanditen systematisch abgeriegelt worden, und mit Dolch, Revolver, Spaten und Brecheisen ausgerüstet, drangen sie auf die wehrlose Arbeiterschaft ein. Bei diesem planmäßig durchgeführten Überfall hatte die Arbeiterschaft vier Verletzte, teils schwerer Natur, zu beklagen. Die Polizei, die erst nach längerer Zeit eintraf, hat einige Angehörige der SS verhaftet.

Für die Arbeiterschaft in Bocholt sollte dieser Vorfälle eine ernste Warnung sein. Es gilt jetzt, sofort die Einheitsfront der Bocholter Arbeiterschaft, die schon mehrmals von der hiesigen SAP gefordert, aber von engstirnigen Parteigenossen der SPD sowie der KPD bis jetzt mit Erfolg sabotiert wurde, herzustellen.

## Am Grabe der Revolutionsgefallenen

(Eigene Meldung der „SAZ“)

Hamburg, 7. November.

Wahltag ist es, und alle Genossen sind von früh an auf den Beinen, um die umfangreiche Wahlarbeit, die eine Großstadt erfordert, durchzuführen.

Um 11 Uhr hat die Partei einen Appell an den Gräbern der Revolutionsgefallenen in Ohlsdorf angesetzt. Eine bedeutende Zahl von Genossen hat sich eingefunden. Der große Kranz mit der Widmung der SAP wird von den Schutzbündlern, die Aufstellung genommen haben, zum Denkmal gebracht. Der Genosse Ferdinand Kallweit hält eine markante, zu Herzen gehende Gedenkrede. Zwar steht über seinen Ausführungen stets das Wort: „Ich muß mich darauf beschränken, hinzuweisen...“, denn die Staatsgewalt hat eine politische Würdigung dieser Toten untersagt. Uns allen wird dadurch am eindringlichsten klar, wie wenig im Sinne der Opfer dieser Revolution die bestehenden Arbeiterparteien ihr Testament verteidigt und erfüllt haben.

Der Kranz der SAP ist am Denkmal befestigt. Die Genossen umstehen die Gräber

und gedenken jeder für sich derjenigen, die für ein sozialistisches Deutschland das Leben gelassen haben. Dieser Kranz wird auch dann, wenn SPD und KPD wieder an diesen Gräbern stehen, die Genossen in ihren Reihen mahnen, daß der Sinn der SAP ist.

Über den Parteien steht das Wohl der Arbeiterklasse!

## Niederlage des englischen Spinnerstreiks

Manchester, 7. November.

WTB. Die Arbeit in den Baumwollspinnereien ist heute wieder aufgenommen worden. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden morgen ein Abkommen unterzeichnen, das eine Lohnkürzung von 7,7 Prozent vorsieht.

Diese Niederlage nach kaum achtwöchigem Streik kommt bei der reformistischen Führung des Kampfes nicht überraschend. Wie wir schon beim Beginn dieses Streiks und auch beim Beginn des großen Weberstreiks darauf hinwiesen, daß bei einer reformistischen, nur gewerkschaftlichen und „auf die kapitalistische Wirtschaft Rücksicht nehmenden“ Streikführung der Kampf unmöglich gewonnen werden kann. Jetzt meldet auch der „Vorwärts“, daß bei der Entscheidung über den Abbruch des Kampfes „wohl auch die Befürchtung mitspielte, die englische Baumwollindustrie auf die Dauer zu gefährden“. (1) Es wird auf die Auslandskonkurrenz hingewiesen. Das ist vom Standpunkt der englischen Industriellen allerdings um so berechtigter nach der von uns wiederholt festgenagelten öffentlichen Propaganda der SPD-Presse in Deutschland, den englischen Textilkonflikt zur „Ausweitung des Absatzes der deutschen Textilindustrie“ zu benutzen.

So wirkt sich die den kapitalistischen Staat und seine Wirtschaft beherrschende reformistische Politik national wie international gegen die Arbeiter aus.

## Ende des Danziger Buchdruckerstreiks

In mehrstündigen Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern des Danziger Zeitungs- und Buchdruckergewerbes wurde versucht, eine Einigung zu erreichen. Gestern abend ist es durch den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses zu einer Einigung zwischen den beiden Parteien im Zeitungs- und Buchdruckergewerbe gekommen, so daß von heute ab die Arbeit wieder voll aufgenommen wird. Die Lohnkürzungen werden nicht in voller Höhe sofort eintreten, sondern gestaffelt im Laufe von mehreren Monaten. (Die letztere Behauptung ist mit Vorsicht aufzunehmen.)

## Das endgültige Wahlergebnis für die SAP

In den von uns gestern veröffentlichten Tabellen über die Wahlergebnisse in den einzelnen Bezirken sind infolge mangelhafter Erstmeldungen der Telegrafambüros eine Reihe Unrichtigkeiten vorgefallen. Wir veröffentlichen daher nachstehend die vorläufig endgültigen, noch nicht amtlichen Abstimmungszahlen für die SAP.

Von den Wahlergebnissen der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 liegen für die Wahlkreise Ostpreußen, Niederbayern keine Vergleichszahlen vor. Die Wahlkreise Frankfurt a. d. Od. und Ostthannover hatten damals keine eigenen Listen aufgestellt. Wir setzen anstelle der Vergleichszahl vom 31. Juli 1932, daher in unserer nachstehenden Aufstellung jeweils einen Strich.

1. Ostpreußen . . . . .	617	( — )
2. Berlin . . . . .	944	(1726)
3. Potsdam II. . . . .	1067	(1962)
4. Potsdam I. . . . .	1339	(1962)
5. Frankfurt a.O. . . . .	346	( — )
6. Pommern . . . . .	686	(1200)
7. Breslau . . . . .	5846	(7718)
8. Liegnitz . . . . .	771	(1301)
9. Oppeln . . . . .	366	( 903)
10. Magdeburg . . . . .	664	(1112)
11. Merseburg . . . . .	888	(1250)
12. Thüringen . . . . .	1252	(2018)
13. Schleswig-Holstein . . . . .	737	(1245)
14. Weser-Ems . . . . .	1072	(1245)
15. Ostthannover . . . . .	175	( — )
16. Südhann.-Braunschw. . . . .	1114	(1442)
17. Westfalen-Nord . . . . .	872	(1743)
18. Westfalen-Süd . . . . .	1667	(3176)
19. Hessen-Nassau . . . . .	1794	(2916)
20. Köln-Aachen . . . . .	796	(1517)
21. Koblenz-Trier . . . . .	k. Liste	( 619)
22. Düsseldorf-Ost . . . . .	1405	(2139)
23. Düsseldorf-West . . . . .	774	(1391)
24. Oberbayern-Schwab. . . . .	830	(2491)
25. Niederbayern . . . . .	k. Liste	( — )
26. Franken . . . . .	670	(1178)
27. Pfalz . . . . .	431	( 731)
28. Dresden-Bautzen . . . . .	3586	(6340)
29. Leipzig . . . . .	k. Liste	(1472)
30. Chemnitz-Zwickau . . . . .	8937	(13711)
31. Württemberg . . . . .	738	(1474)
32. Baden . . . . .	734	(1825)
33. Hessens-Darmstadt . . . . .	1865	(3008)
34. Hamburg . . . . .	723	( 950)
35. Mecklenburg . . . . .	408	( 965)